



LAND

OBERÖSTERREICH

Prüfungsbericht

der Direktion Inneres und Kommunales
und der Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung
über die Einschau in die Gebarung

der Marktgemeinde

GRAMASTETTEN

Impressum

Herausgeber:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Linz, im Februar 2009

Die Direktion Inneres und Kommunales beim Amt der Oö. Landesregierung hat in der Zeit vom 11. August 2008 bis 16. September 2008 durch zwei Prüfungsorgane gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 (GemO) in Verbindung mit § 1 der Oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Gramastetten vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2005 bis 2007 und, so weit als möglich, auch das Jahr 2008 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Marktgemeinde und beinhaltet Feststellungen in Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gesetzten Passagen stellen die Empfehlungen der Direktion Inneres und Kommunales dar, die von den Organen der Marktgemeinde umzusetzen sind.

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	6
<i>Wirtschaftliche Situation</i>	6
<i>Personal</i>	7
<i>Öffentliche Einrichtungen</i>	7
<i>Weitere wesentliche Feststellungen</i>	8
<i>Außerordentlicher Haushalt</i>	8
Die Marktgemeinde Gramastetten	10
Wirtschaftliche Situation	11
<i>Haushaltsentwicklung</i>	11
<i>Mittelfristiger Finanzplan</i>	12
<i>Einnahmerückstände</i>	12
<i>Finanzausstattung</i>	13
Fremdfinanzierungen	15
<i>Darlehen</i>	15
Darlehensausreibungen.....	16
<i>Kassenkredit</i>	17
<i>Haftungen</i>	17
Rücklagen	17
Personal	18
<i>Dienstpostenplan</i>	18
<i>Bezugsverrechnung</i>	19
Öffentliche Einrichtungen	20
<i>Wasserversorgung</i>	20
Anschluss- und Benützunggebühren	21
<i>Abwasserbeseitigung</i>	22
Anschluss- und Benützunggebühren	23
Verwaltungskostentangente	24
<i>Abfallbeseitigung</i>	25
<i>Kindergärten</i>	26
Kindergarten Gramastetten	26
Kindergarten Pöstlingberg	27
<i>Schülerspeisung</i>	29
<i>Gemeindebücherei</i>	31
<i>Sauna</i>	32
Ausgegliederte Unternehmungen	33
<i>Kommanditgesellschaft</i>	33
Kommunikationszentrum (u. a. mit Musikschule und neuem Musikheim)	33
Biomasse-Heizwerk	34
Gemeindevertretung	35

Verfüungsmittel und Repräsentationsausgaben	35
Weitere wesentliche Feststellungen	35
Feuerwehrwesen.....	35
Förderungen und freiwillige Ausgaben	35
Außerordentlicher Haushalt.....	37
Überblick über den außerordentlichen Haushalt des Finanzjahres 2007.....	37
Umbau und Sanierung des Amtsgebäudes.....	37
Zubau und Sanierung Schulzentrum – Biomasseheizung	38
Friedhof Pöstlingberg.....	38
Ankauf Kommunaltraktor	39
Feuerwehrzeughaus Gramastetten.....	39
Grund- und Gebäudeankauf	39
Errichtung Feuerwehrzeughaus.....	40
Straßenbau und –erhaltungsmaßnahmen.....	40
Zukunftsperspektive	41
Ausfinanzierung von bereits baulich bzw. käuflich abgeschlossenen Projekten.....	41
Schlussbemerkung.....	42

Kurzfassung

Wirtschaftliche Situation

Die Marktgemeinde konnte in den vergangenen Jahren das ordentliche Haushaltsgleichgewicht stets aufrecht erhalten. Darüber hinaus wurden im Zeitraum 2005 bis 2007 aus der ordentlichen Gebarung Mittel zur Finanzierung von außerordentlichen Projekten von insgesamt rd. € 726.400 bereitgestellt. Zu beachten ist allerdings, dass diese Mittel auch zweckgebundene Einnahmen wie Anschließungsbeiträge, Wasser- und Kanalanschlussgebühren im Ausmaß von rd. 41 % beinhalten, welche für widmungsfremde Vorhaben herangezogen wurden. Künftig sind diese Einnahmen nur mehr für den Zweck zu verwenden, für den sie vorgeschrieben bzw. eingehoben worden sind.

Die Belastung aus Fremdfinanzierungen betrug im Finanzjahr 2006 noch rd. € 246.500 und stieg im Jahr 2007 auf rd. € 314.600 an. Im Jahr 2008 werden sich diese Ausgaben wiederum erhöhen und werden voraussichtlich mit einem Gesamtbetrag von ca. € 411.000 budgetwirksam. Ausschlaggebend dafür sind überwiegend die Darlehensverpflichtungen für Kanalbauten. Eine weitere Bindung von Eigenmitteln stellen die künftig zu leistenden Transferzahlungen an die gemeindeeigene Kommanditgesellschaft¹ zur Erfüllung ihrer Darlehenverpflichtungen dar. Im Jahr 2009 sind dafür bereits Eigenmittel in der Höhe von ca. € 135.500 gebunden. Ab dem Jahr 2011 muss mit einer laufenden Budgetbelastung in der Höhe von rd. € 90.000 gerechnet werden.

Diese Verpflichtungen werden das ordentliche Budget der Marktgemeinde in den kommenden Jahren schwer belasten und vermutlich auch das Haushaltsgleichgewicht gefährden.

Zusätzlich muss die Marktgemeinde zur Ausfinanzierung von außerordentlichen Projekten enorm hohe Eigenmittel bereitstellen. Aus unserer Sicht wird die Marktgemeinde die vorgesehenen Mittel nicht im erforderlichen Ausmaß erbringen können. Diese kritische Situation spiegelt sich in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2008 bis 2011 wider. Ein Vergleich mit den bereits eingegangenen Finanzierungsverpflichtungen, vor allem als Gesellschafterin der Kommanditgesellschaft zeigt deutlich, dass die (Aus-)Finanzierung von mehreren Projekten gefährdet ist.

Die Steuerkraft der Marktgemeinde setzte sich im Finanzjahr 2007 zu 15 % aus Gemeindeabgaben und zu 85 % aus den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, der Strukturhilfe und einer Finanzausweisung gemäß § 21 Finanzausgleichsgesetz 2005 (FAG 2005) zusammen.

Von den Gemeindeabgaben in Höhe von insgesamt rd. € 565.800 entfielen rd. € 256.100 auf die Grundsteuer A und B sowie rd. € 283.000 auf die Kommunalsteuer.

Die gemeindeeigenen Steuern sind im Vergleichszeitraum (2005 bis 2007) um rd. € 26.800 gestiegen. Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die Strukturhilfe und die Finanzausweisung gemäß § 21 FAG 2005 erhöhten sich von insgesamt rd. € 2.852.900 auf rd. € 3.185.200.

Die finanzielle Belastung im Zusammenhang mit den Umlagen für Gemeindeaufgaben (Sozialhilfverbandsumlage, Rettungsbeitrag und Bezirksabfallverbandsumlage) sowie jene für sonstige Umlagen (Krankenanstaltenbeitrag, Landesumlage und Tierkörperverwertung) erhöhte sich im Vergleich zum Finanzjahr 2005 um rd. € 170.700 im Jahr 2007.

Der Rücklagenstand am Ende des Finanzjahres 2007 betrug rd. € 91.800.

¹ „Verein zur Förderung der Infrastruktur der Marktgemeinde Gramastetten & Co KG“

Personal

Für die Besoldung des Personals mussten im Zeitraum 2005 bis 2007 jährlich durchschnittlich rd. € 1,38 Millionen aufgewendet werden.

Der Dienstpostenplan wurde zuletzt in der Gemeinderatssitzung vom 3.7.2008 geändert und wurde mit 22.7.2008 rechtskräftig. Wie schon mehrmals seitens der Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung im Rahmen von Verordnungsprüfungen festgestellt, finden die in einer Arbeitsplatzbeschreibung angeführten Aufgaben und Tätigkeiten in der Oö. Gemeinde-Einreichungsverordnung keine Grundlage für eine Einreihung in die Funktionslaufbahn GD 17.4. „Qualifizierte/r Buchhalter/in“, sondern ist dieser Dienstposten mit der Funktionslaufbahn GD 18.4. „Buchhalter/in“ zu bewerten. Der Gemeinderat hat in seiner nächsten Sitzung eine dementsprechende Änderung des Dienstpostenplanes herbeizuführen.

Öffentliche Einrichtungen

Die betrieblichen Einrichtungen belasteten im Finanzjahr 2007 das ordentliche Gemeindebudget mit einem Gesamtdefizit in der Höhe von rd. € 197.300. Betriebliche Überschüsse konnten lediglich in den Bereichen Abwasserentsorgung und Abfallbeseitigung erzielt werden (insgesamt rd. € 54.900). Einrichtungen wie die Wasserversorgung, die Kindergärten, die Schülerausspeisung sowie die Gemeindebücherei mussten durch ordentliche Budgetmittel gestützt werden.

Der Betrieb der Wasserversorgung verzeichnete in den vergangenen Jahren kontinuierlich steigende Abgänge (FJ 2005: € 31.500; FJ 2006: € 46.900, FJ 2007: € 52.100). Mit den vorgenommenen Gebührenerhöhungen konnten die gestiegenen Ausgaben, welche vor allem im Bereich der Instandhaltung anfielen, nicht kompensiert werden. Die Höhe der im Prüfungszeitraum durch den Gemeinderat verordneten Bezugsgebühren entsprachen jener der vom Land Oberösterreich vorgegebenen Mindestsätzen. Die Anschlussgebühren hingegen lagen über den Vorgaben des Landes.

In den letzten drei Jahren konnte der Betrieb der Abwasserbeseitigung positiv bilanziert werden (FJ 2007: € 29.700). Im Voranschlag 2008 rechnet die Marktgemeinde mit einem Betriebsabgang in der Höhe von € 60.000, welcher großteils auf die steigenden Darlehensverpflichtungen zurückzuführen sein wird. Sollte sich diese negative Entwicklung tatsächlich abzeichnen, hat die Marktgemeinde zusätzlich ordentliche Mittel zum Ausgleich dieser Betriebseinrichtung bereitzustellen. Die festgesetzten Anschluss- und Benützungsgebühren entsprachen in den vergangenen Jahren exakt den vom Land Oberösterreich vorgegebenen Mindestsätzen.

Der Betrieb der Abfallbeseitigung verzeichnete in den vergangenen drei Jahren stark schwankende Überschüsse (FJ 2005: € 15.000; FJ 2006: € 2.500, FJ 2007: € 25.300). Auf Grund der Tatsache, dass die Abfallgebühren im Jahr 2008 nicht angehoben worden sind und die Höhe der Gebühren für die Entsorgung von Bioabfällen und von Sperrmüll ist seit mehreren Jahren unverändert ist, empfehlen wir eine jährliche Indexanpassung.

Der Betrieb der zwei Kindergärten² musste im Prüfungszeitraum seitens der Marktgemeinde Gramastetten mit jährlich durchschnittlich rd. € 156.900 subventioniert werden.

Im Finanzjahr 2007 erhöhte sich der Betriebsabgang der Schülerausspeisung gegenüber dem Jahr 2006 um rd. € 19.600 und belastete das Budget mit einem Fehlbetrag von rd.

² Kindergarten Pöstlingberg (Träger: Marktgemeinde) und Kindergarten Gramastetten (Träger: Pfarr-caritas)

€53.100. Maßgeblich dafür waren die gestiegenen Personalkosten (ca. € 16.000), welche für eine Krankenstandsvertretung angefallen sind.

Die Betriebsabgänge der Gemeindebücherei waren in den letzten Jahren äußerst gering (jährlich durchschnittlich € 1.300). Die Fehlbeträge werden sich in Hinkunft um die noch nicht buchhalterisch dargestellten Personal- und Betriebskosten erhöhen.

Weitere wesentliche Feststellungen

Aus der Buchhaltung geht hervor, dass aus vergangenen Jahren (Zeitraum 1991 bis 2003) Anlieger- sowie Gastschulbeiträge von insgesamt € 45.000 noch nicht beglichen worden sind. Die Marktgemeinde hat umgehend den Rechtsstatus abzuklären und entsprechende Maßnahmen zur Einbringung dieser Forderungen zu setzen.

Die Marktgemeinde förderte im Jahr 2007 u. a. Vereine und Privatpersonen mit rd. €125.300. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl der Gemeinde entspricht diese Summe einem Betrag von rd. € 25 je Einwohner. Der einheitlich für alle oberösterreichischen Gemeinden festgesetzte maximale Förderrahmen von € 15 je Einwohner ist künftig einzuhalten.

Außerordentlicher Haushalt

Im außerordentlichen Haushalt wurden in den vergangenen drei Jahren Investitionen mit Gesamtkosten von rd. €4,5 Millionen vorgenommen.

Dabei handelte es sich u. a. um Kosten für den Ausbau der Abwasserentsorgung, den Umbau und die Sanierung des Amtsgebäudes, den Einbau einer Hackgutfeuerungsanlage für die Beheizung des Schulgebäudes, den Ankauf eines Grundstückes inklusive Gebäude für die Errichtung des Feuerwehrhauses Gramastetten, Straßensanierungsmaßnahmen sowie Kapitaltransferzahlungen an die gemeindeeigene Kommanditgesellschaft für die Errichtung des Kommunikationszentrums.

Generell musste festgestellt werden, dass die Marktgemeinde zur Finanzierung von Vorhaben aufgrund fehlender Eigenmittel vermehrt auf Fremdfinanzierungen zurückgegriffen hat. Durch die Darlehensrückzahlungen wird der ordentliche Haushalt in den kommenden Jahren enorm belastet. Auch wurden unzulässige Maßnahmen im Zusammenhang mit Darlehensaufnahmen vorgenommen und die Marktgemeinde finanzierte Projekte teilweise mittels zweckwidrig herangezogener Interessenten- und Aufschließungsbeiträge.

Der vorhandene Finanzierungsplan für das über die gemeindeeigene Kommanditgesellschaft errichtete Kommunikationszentrum steht nicht im Einklang mit der finanziellen Lage der Marktgemeinde. Die Ausfinanzierung ist nicht gesichert, zumal die in den kommenden Jahren dargestellten Eigenmittel der Gemeinde nicht in der vorgesehenen Höhe erbracht werden können. Wir empfehlen der Marktgemeinde sich umgehend um eine neue und vor allem realistische Ausfinanzierung zu bemühen. Nicht nachvollziehbar ist, dass der Gemeinderat die Finanzierung in der vorliegenden und aus unserer Sicht für das Gemeindebudget nicht verkräftbaren Form beschlossen hat.

Die in den vergangenen Jahren zum Großteil im ordentlichen Haushalt vorgenommenen Straßenbaumaßnahmen sind künftig im Hinblick auf das Kostenvolumen im außerordentlichen Haushalt abzuwickeln. Dadurch wird der ordentliche Haushalt im Durchschnitt jährlich um ca. € 80.000 entlastet.

Durch die eingegangenen finanziellen Verpflichtungen, vor allem als Gesellschafterin der Kommanditgesellschaft, wird sich der ordentliche Haushaltsausgleich in den kommenden

Jahren schwierig gestalten bzw. nicht erreichbar sein. Auch wird die Erbringung der in einzelnen Finanzierungsplänen vorgesehenen Eigenmittel der Gemeinde nicht möglich sein. Weitere Vorhaben können erst dann in Angriff genommen werden, wenn die Ausfinanzierung von bereits abgeschlossenen Projekten gesichert ist und die Folgekosten wie z.B. Darlehensrückzahlungen aus der ordentlichen Gebarung ohne Gefährdung des Haushaltsgleichgewichtes bestritten werden können.

Die Marktgemeinde Gramastetten

Die landwirtschaftlich strukturierte Marktgemeinde Gramastetten ist eine der 27 Gemeinden des Bezirks Urfahr-Umgebung, umfasst eine Fläche von 40,18 km² und hatte zum Stichtag der letzten Volkszählung 2001 4.524 Einwohner. Der gleichnamige Hauptort liegt auf einer Seehöhe von 545 m.

Sie grenzt im Süden an die Gemeinden Ottensheim und Puchenu, im Westen an die Gemeinden Walding und St. Gotthard i.M., im Norden an die Gemeinde Herzogsdorf und im Osten an die Gemeinden Linz, Lichtenberg und Eidenberg.

Als Wohngemeinde profitiert die Marktgemeinde vor Allem von ihrer Nähe zur Landeshauptstadt Linz.

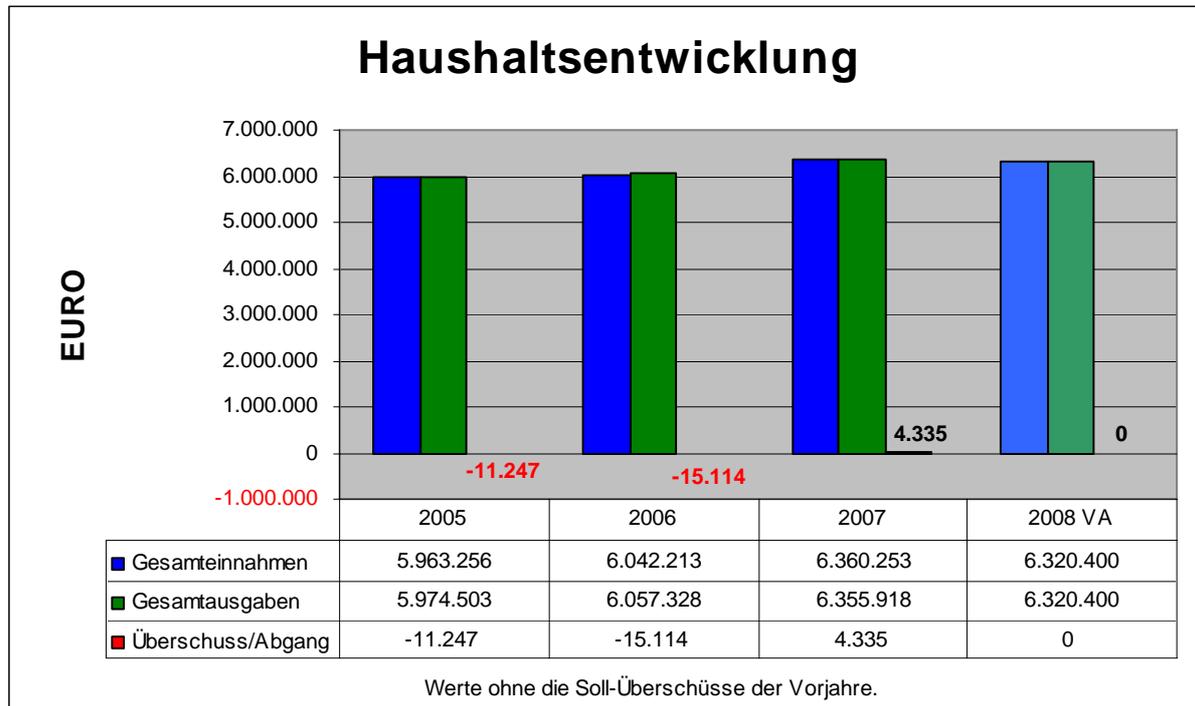
In dem im Jahr 2003 erstellten Leitbild hat die Marktgemeinde zu den verschiedensten Themenbereichen kurz gefasste Statements zum IST-Stand abgegeben und dazu jeweils den Soll-Zustand in Form von Zielen festgelegt.

Im Einzelnen umfasst das Leitbild die Bereiche "Raumordnung", "Naturraum – Landwirtschaft und Umwelt", "Verkehr", "Wirtschaftliche Entwicklung und Marktbelebung", "Soziales Miteinander", "Kinder, Jugend und Familie", "Gesundheit", "Kultur", "Freizeit und Sport", "Öffentlichkeitsarbeit" und "Die Gemeinde als Dienstleistungszentrum".

Wesentlich erscheint uns, dass die Marktgemeinde Gramastetten ihre ländlich – dörfliche Struktur erhalten möchte, den Einsatz von Biomasse zur Energiegewinnung forciert und ihre Attraktivität als Wohngemeinde durch umfassende Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen des Leitbildes steigern will.

Wirtschaftliche Situation

Haushaltsentwicklung



Die laufenden Haushaltsergebnisse der Marktgemeinde, in denen die Überschüsse der Vorjahre nicht berücksichtigt sind, wiesen in den Jahren 2005 und 2006 geringe Abgänge und im Jahr 2007 einen geringen Überschuss aus.

Die Rechnungsabschlüsse der letzten drei Jahre zeigten im Gegensatz dazu durchgehend positive Ergebnisse, die aufgrund von Überschüssen aus dem jeweiligen Vorjahr zwischen rd. € 22.400 im Jahr 2005 und rd. € 7.300 im Jahr 2006 lagen.

Die Mittel des ordentlichen Haushalts, die für Investitionen im außerordentlichen Haushalt bereitgestellt werden konnten, lagen durchschnittlich bei rd. € 242.130 und beliefen sich in den vergangenen drei Jahren auf einen Gesamtbetrag von rd. € 726.400.

Ein Teil dieser Mittel, nämlich insgesamt rd. € 294.900, stammte aus Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen (Wasserversorgung bzw. Abwasserbeseitigung), die entweder zweckgewidmet zu verwenden oder bis zu ihrer entsprechenden Verwendung auf zweckgebundenen Rücklagen anzulegen wären.

Wir weisen in diesem Zusammenhang deutlich darauf hin, dass die Marktgemeinde Interessenten- und Aufschließungsbeiträge künftig nur mehr für den Zweck verwenden darf, für den sie vorgeschrieben bzw. eingehoben worden sind.

Der Voranschlag für das laufende Jahr 2008 zeigt ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis, das nur geringe Zuführungen zum außerordentlichen Haushalt in der Höhe von € 25.000 vorsieht. Bei diesem Betrag handelt es sich ausschließlich um Aufschließungs- bzw. Interessenbeiträge, die dem Kanalbauvorhaben BA 11 zugeführt werden.

Mittelfristiger Finanzplan

Der mittelfristige Finanzplan für die Planungsperiode 2008 bis 2011, der zusammen mit dem Voranschlag für das Jahr 2008 vom Gemeinderat beschlossen worden ist, zeigt bei der Budgetspitze folgende Ergebnisse:

2008	2009	2010	2011
+ € 38.100	+ € 34.500	+ € 53.700	+ € 114.100

Nach dieser Planung ist der finanzielle Spielraum der Marktgemeinde bis zum Jahr 2011 äußerst gering.

Ein weiterer Bestandteil dieser Planung ist der mittelfristige Investitionsplan, wobei festzuhalten ist, dass zur Finanzierung von außerordentlichen Gemeindeprojekten lediglich im Jahr 2011 eine Zuführung von ordentlichen Anteilsbeträgen in der Höhe von € 30.000 aufscheint.

Im ordentlichen Haushalt wurden Zuschüsse an die "Verein zur Förderung der Infrastruktur der Marktgemeinde Gramastetten & Co KG" in der Höhe von €170.000 (jährlich durchschnittlich 42.500) für die Verlustabdeckung sowie für Darlehensrückzahlungen eingeplant.

Ein Vergleich mit den bereits eingegangenen Finanzierungsverpflichtungen als Gesellschafterin der Kommanditgesellschaft bzw. für außerordentliche Gemeindeprojekte zeigt deutlich, dass die Finanzierung von mehreren Projekten gefährdet ist.

Einnahmenrückstände

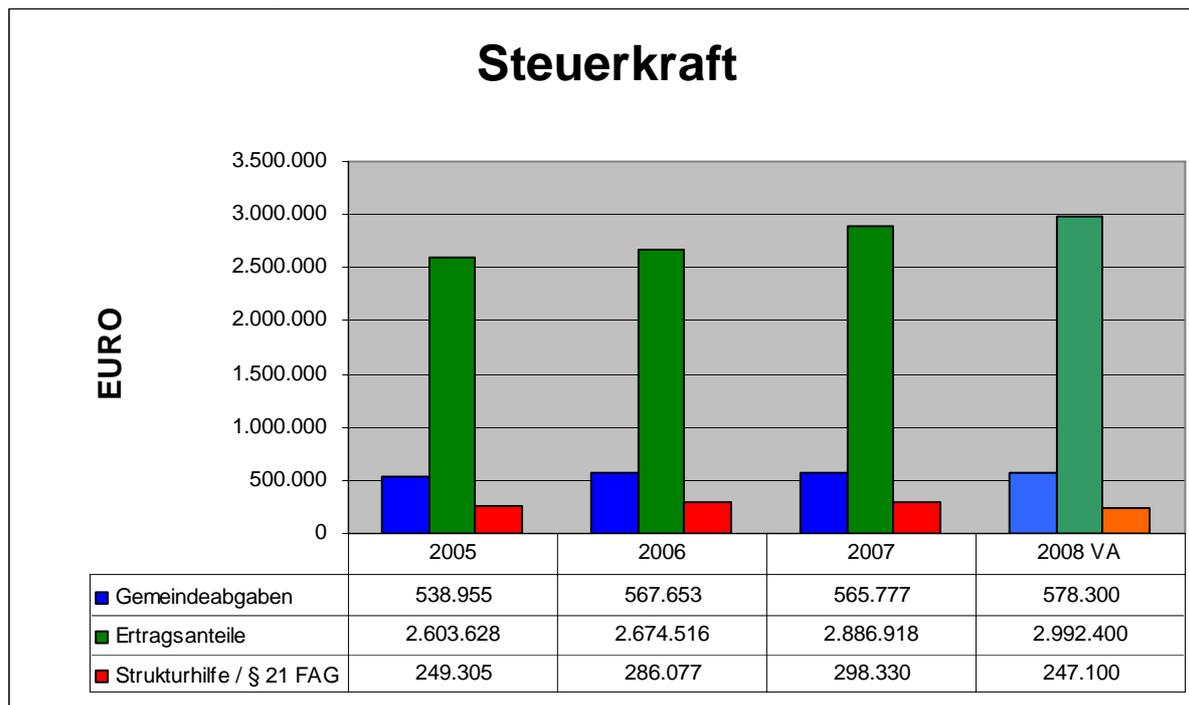
Aus der Buchhaltung geht hervor, dass von in vergangenen Jahren vorgeschriebenen Wasser- und Kanalanschlussgebühren sowie Verkehrsflächenbeiträgen insgesamt rd. € 28.310 noch nicht beglichen worden sind. Diese Beiträge wurden im Zeitraum 1991 bis 2003 seitens der Marktgemeinde vorgeschrieben und bis dato konnten keine Einnahmen verzeichnet werden.

Weiters sind aus dem Jahr 1996 noch Gastschulbeiträge von insgesamt rd. € 16.690 offen.

Wir fordern die Marktgemeinde auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, den Rechtsstatus dieser offenen Beiträge umgehend abzuklären und entsprechende Maßnahmen zur Einbringung dieser Forderungen zu setzen.

In der Stellungnahme zum Prüfungsbericht ist ausführlich darüber zu berichten.

Finanzausstattung



Die Steuerkraft der Marktgemeinde belief sich im Jahr 2005 auf rd. € 3.392.000 und ist bis zum Jahr 2007 um rd. € 359.000 bzw. um 10,6 % auf rd. € 3.751.000 angestiegen.

Die Marktgemeinde verdankt diese positive Entwicklung hauptsächlich dem deutlichen Aufwärtstrend bei den Bundesabgaben-Ertragsanteilen, die sich im Zeitraum 2005 bis 2007 um 10,88 % erhöhten und Mehreinnahmen von rd. € 389.000 erbrachten.

Wie sehr die Marktgemeinde von den Bundesabgaben-Ertragsanteilen abhängig ist, zeigt deren Anteil an der Steuerkraft des Jahres 2007 von 77 %.

Der Bereich der gemeindeeigenen Steuern stieg in den vergangenen drei Jahren zwar ebenfalls an, die Mehreinnahmen im Jahr 2007 waren mit rd. € 26.800 gegenüber dem Jahr 2005 jedoch bescheiden ausgefallen und resultierten zum überwiegenden Teil aus dem Anstieg der Kommunalsteuereinnahmen.

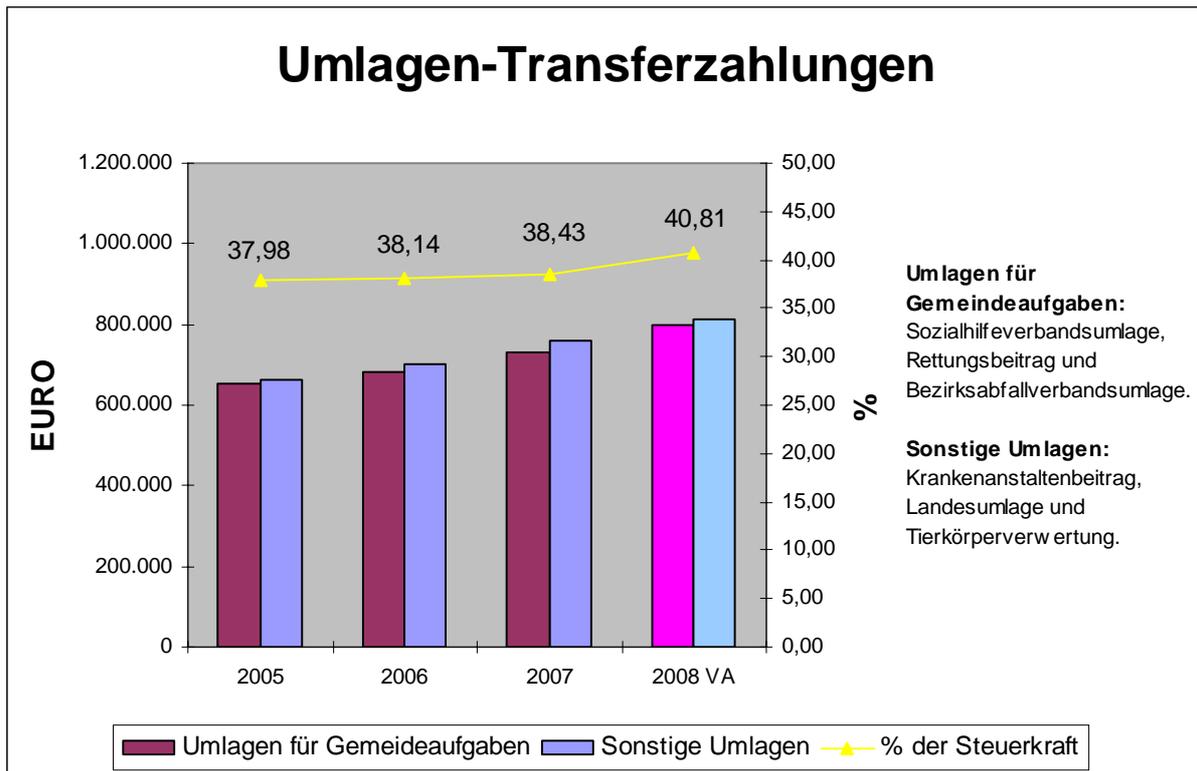
Der gesamte Anteil der gemeindeeigenen Steuern an der Steuerkraft betrug in den letzten drei Jahren durchschnittlich rd. 15,7 % und war damit vergleichsweise niedrig.

Dies begründet sich auf die Tatsache, dass Gramastetten vorwiegend eine ländlich strukturierte Wohngemeinde ist. Es bestehen jedoch Intentionen und Bemühungen der Marktgemeinde, das eigene Steueraufkommen durch die Ansiedlung neuer Betriebe zu steigern.

Auf Grund ihrer unterdurchschnittlichen Finanzkraftkopfquote kam die Marktgemeinde in den letzten Jahren in den Genuss von Finanzzuweisungen nach § 21 FAG oder der Strukturhilfemitteln des Landes.

Im Jahr 2007 lagen die Einnahmen aus diesen beiden Titeln bei rd. € 298.300.

Umlagen



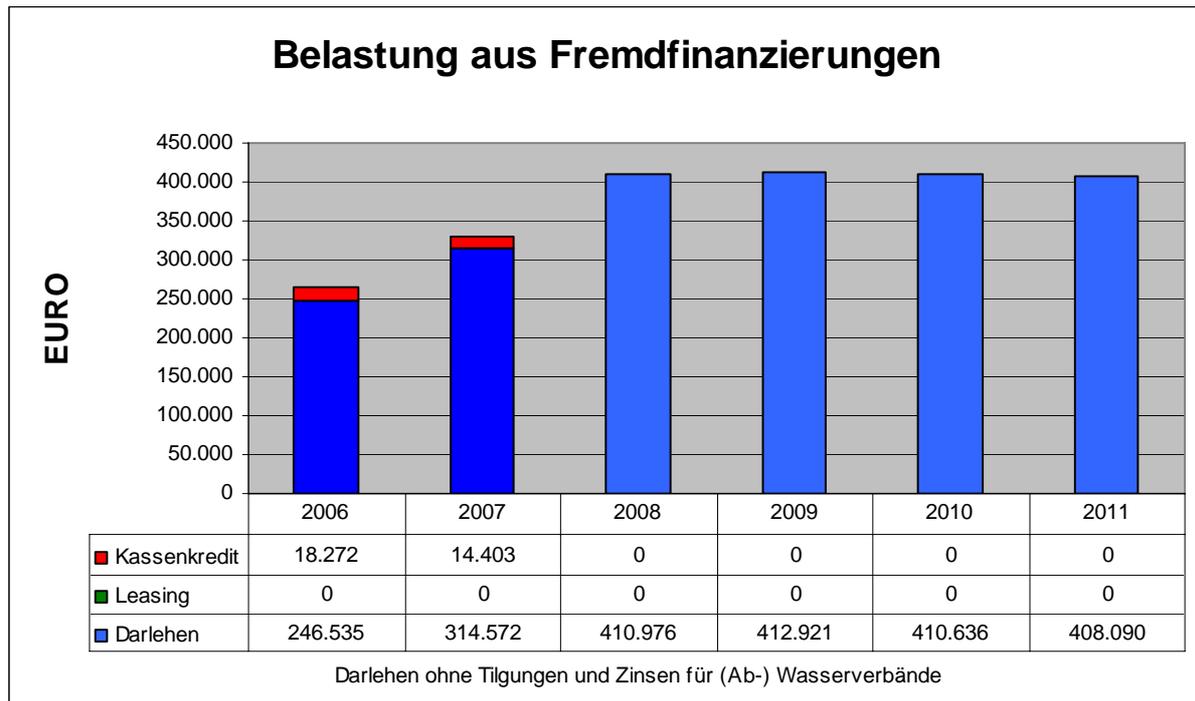
Die Geldleistungen, die die Marktgemeinde für die in der Graphik dargestellten Bereiche in Form von Umlagen und Transferzahlungen zu erbringen hatte, lagen im Jahr 2005 mit insgesamt € 1.319.630 bei einem Anteil von 37,98 % an der Steuerkraft.

In den vergangenen zwei Jahren war vor allem bei der SHV-Umlage ein deutlicher Anstieg um rd. € 76.240 (+ 12,97 %) und bei den Krankenanstaltenbeiträgen um rd. € 98.880 (+ 12,97 %) zu verzeichnen, wodurch sich die Umlagen in Summe auf € 1.490.375 erhöht haben. Dies entsprach einem Anteil an der Steuerkraft in der Höhe von 38,43 %, der im oberösterreichweiten Vergleich relativ günstig ist.

Im laufenden Finanzjahr 2008 ist laut dem Voranschlag ein Anstieg der Umlagenbelastung um rd. € 119.400 auf rd. € 1.609.800 zu erwarten, wodurch voraussichtlich 40,81 % der Steuerkraft gebunden sein werden.

Zum überwiegenden Teil hängt dies wieder mit Erhöhungen der SHV-Umlage (+ € 65.000) und der Krankenanstaltenbeiträge (+ € 49.000) zusammen.

Fremdfinanzierungen



Darlehen

Die Belastung aus den Darlehensverbindlichkeiten betrug im Finanzjahr 2006 noch rd. € 246.500 und stieg im Finanzjahr 2007 auf rd. € 314.600 an.

Verursacht wurde diese Steigerung fast ausschließlich durch Darlehensverpflichtungen für den Kanalbau. So stiegen allein die Tilgungen und Zinsen für die Bauabschnitte 9 bis 12 um insgesamt rd. € 48.500 an.

Der weitere Anstieg der genannten Kanalbaudarlehen um jährlich rd. € 76.850 wird die Darlehensverpflichtungen der Marktgemeinde ab dem Jahr 2008 auf eine Höhe von rd. € 410.000 bringen. Diese werden sich in den folgenden Jahren kaum verringern und eine immense Belastung für das Budget darstellen.

Erforderlich waren die Darlehensaufnahmen auch durch behördliche Auflagen zur Sanierung von Anlagen.

Die restlichen Darlehen, die Rückzahlungen und Zinsen in der Gesamthöhe von rd. € 240.160 erfordern, laufen zu einem kleinen Teil bis ins Jahr 2010 oder nur geringfügig länger. Durch die langfristigen Wasser- und Kanalbaudarlehen, die Laufzeiten über das Jahr 2024 hinaus haben, wird aber auch in den kommenden zehn Jahren kaum mit einer spürbaren Entlastung aus dem Schuldendienst zu rechnen sein.

Zu berücksichtigen sind in diesem Zusammenhang auch die Transferzahlungen der Marktgemeinde mit denen die "Verein zur Förderung der Infrastruktur der Marktgemeinde Gramastetten & Co KG" ihre Darlehensverpflichtungen erfüllt. Der finanzielle Aufwand dafür liegt im Jahr 2008 bei rd. € 62.000 und wird im Jahr 2009 voraussichtlich auf rd. € 135.500 ansteigen. Ab dem Jahr 2011 ist dann aus heutiger Sicht mit einer laufenden Budgetbelastung in der Höhe von rd. € 90.000 pro Jahr zu rechnen.³

³ Laufzeiten der Darlehen der KG: "Zwischenfinanzierung Kommunikationszentrum" bis 2010; "Biomasse – Nahwärme" bis 2023; "Finanzierung Kommunikationszentrum" bis 2032;

Im Hinblick darauf, dass der stark steigende Schuldendienst bereits jetzt einen wesentlichen Anteil an der deutlichen Verschlechterung des finanziellen Spielraums der Marktgemeinde hat, besteht in den kommenden Jahren kaum Spielraum für die Aufnahme neuer Darlehen.

Bei Planungen zur Finanzierung neuer außerordentlicher Vorhaben wird dieser Tatsache jedenfalls Rechnung zu tragen sein.

Zur Verringerung der aktuellen jährlichen Belastung aus den Darlehensverbindlichkeiten könnte eine Verlängerung der Darlehenslaufzeiten in Erwägung gezogen werden. Weiters wären Möglichkeiten zu sondieren, durch Mittel, die aus der Veräußerung von Vermögenswerten Erlöst werden könnten, Sondertilgungen vorzunehmen um dadurch eine spürbar Reduzierung des Schuldenstandes zu erreichen.

Eine der Möglichkeiten würde der Verkauf des sog. "Pargfriederhauses" im Ortszentrum darstellen, zu dem es bereits im Gemeinderat Diskussionen gab.

Dieses Gebäude, in dem sich ein Geschäftslokal befindet, ist in einem schlechten Gesamtzustand und müsste dringend saniert werden. Nachdem die Marktgemeinde in den kommenden Jahren aber kaum in der Lage sein wird Eigenmittel für eine Sanierung bereitzustellen, kann davon ausgegangen werden, dass ein zu erwartender Verkaufserlös für die Liegenschaft laufend geringer wird.

Im Hinblick auf die Diskussionen im Gemeinderat, die sehr deutlich dahingehend verliefen, dass die Marktgemeinde ihr Vermögen erhalten und nicht verkaufen solle, geben wir Folgendes zu bedenken:

In den vergangenen Jahren hat die Marktgemeinde für zahlreiche Investitionen keine oder nur geringe Eigenmittel zur Verfügung stellen können und teilweise durch Fremdmittel ersetzt. Zudem fehlen Eigenmittel für das in Fertigstellung befindliche "Kommunikationszentrum" und für anstehende Vorhaben (Sanierung Schulen, Feuerwehrzeughaus Gramastetten, etc.).

Aus unserer Sicht wäre es unwirtschaftlich, eine Liegenschaft, die derzeit einen Verkehrswert von ca. € 100.000⁴ hat und in den kommenden Jahren mit beträchtlichen Aufwand saniert werden müsste, zu behalten und im Gegenzug (teure) Fremdmittel für die Schaffung neuen Vermögens auszugeben.

Der Verkaufserlös für das sog. Pargfriederhaus könnte sinnvollerweise entweder als Eigenmittelanteil in die Finanzierung des Kommunikationszentrums eingebracht oder zur Verringerung der Finanzierungskosten bereits abgeschlossener Vorhaben (teilweise Sondertilgung von Darlehen) verwendet werden.

Zudem ist der Betrieb von Wohn- und Geschäftsgebäuden nicht den Kernaufgaben einer Gemeinde zuzurechnen und eine Veräußerung würde die Marktgemeinde im Verwaltungsbereich entlasten.

Darlehensausschreibungen

Auffällig ist, dass in der Vergangenheit sehr oft die Angebote zweier örtlicher Banken exakt gleich waren und die Darlehen in der Folge vom Gemeinderat auf die beiden Banken aufgeteilt wurden. Wir kritisieren zudem die Vorgangsweise des Gemeinderates, der ein Darlehen in der Höhe von € 526.878 in seiner Sitzung vom 10. Juni 1999 bewusst nicht an den Billigstbieter, sondern wieder gesplittet an die beiden örtlichen Banken vergeben hat.

⁴ Schätzgutachten des Bezirksbauamtes Linz vom 3. März 2004

Künftig haben im Hinblick auf eventuell mögliche Absprachen zwischen den Banken Darlehenssplittungen zu unterbleiben. Der Gesamtbetrag ist an den Billigstbieter zu vergeben.

Im Zusammenhang mit den zuletzt aufgenommenen Darlehen gibt es keinen Grund zu Beanstandungen.

Kassenkredit

Zur Erhaltung der Liquidität der Gemeindekasse werden regelmäßig Überziehungen der Girokonten in Anspruch genommen, die in den Finanzjahren 2006 und 2007 Kassenkreditzinsen in der Höhe von rd. € 18.300 bzw. rd. € 14.400 verursachten.

Im Jahr 2007 waren die Zinskonditionen für die Inanspruchnahme des Kassenkredits bei der Raiba Gramastetten bei einem Aufschlag auf den Drei-Monats-Euribor von 0,19 % und bei der Sparkasse Oberösterreich (Geschäftsstelle Ottensheim) bei einem Aufschlag von 0,2 % gelegen.

Für das Finanzjahr 2008 haben beide Banken die selben Konditionen wieder angeboten.

Die Argumentation im Gemeinderat, dass "aufgrund der Zinsentwicklung in den vergangenen Jahren auch bei neuerlicher Einholung von Vergleichsangeboten kein niedrigerer Zinssatz als im Finanzjahr 2007 zu erwarten wäre", können wir nicht folgen.

Im Hinblick auf die Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit wären künftig jedenfalls Vergleichangebote einzuholen bzw. eine beschränkte Ausschreibung unter Einbeziehung anderer regionaler Banken durchzuführen.

Jedenfalls aber wäre künftig der gesamte Kassenkredit bei dem jeweils günstigsten Anbieter zu beanspruchen.

Haftungen

Mit Jahresende 2007 bestanden Haftungen in der Höhe von insgesamt rd. € 2.632.500 (Wasserverband „Fernwasserversorgung Mühlviertel“, VFI der Marktgemeinde Gramastetten & Co KG, Abwasserverband Unteres Rodltal, Gemeinde Lichtenberg und Gemeinde Puchenu).

Rücklagen

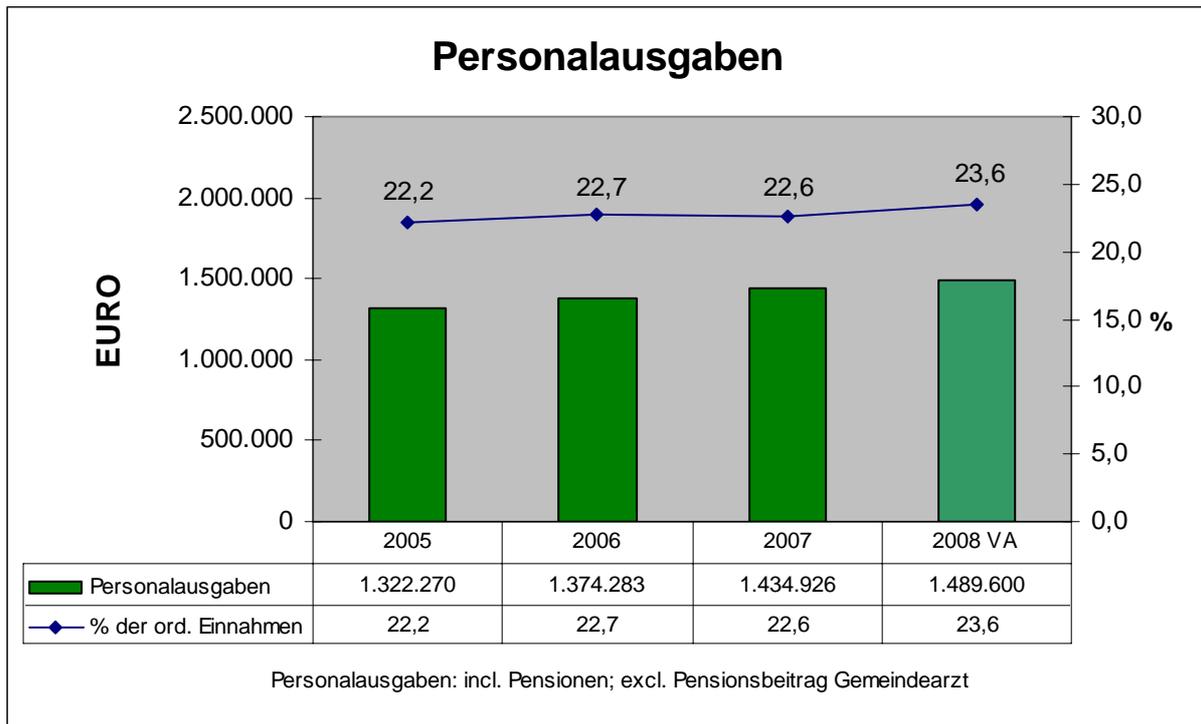
Zum 31.12.2007 bestanden folgende Rücklagen:

Zuchttierhaltung	8.416,61
Pensionsversicherung Bürgermeister	68.435,96
Rücklage für in Not geratene Gemeindeglieder	2.947,67
Betriebsmittel Abwasser	12.045,05
Gesamtsumme:	91.845,29

Die Rücklagenmittel werden zum Teil im Rahmen der voranschlagsunwirksamen Gebarung zur Verstärkung des Kassenbestandes herangezogen.

Zur Zwischenfinanzierung des Amtsgebäudeumbaus wurden im Jahr 2005 € 50.000 aus der Betriebsmittlrücklage „Abwasser“ entnommen. Mit der Rückzahlung dieses internen Darlehens wurde im Jahr 2007 (€ 10.000) begonnen.

Personal



Die Personalkosten der Marktgemeinde sind in den Jahren 2005 bis 2007 um € 112.656 auf rd. € 1.434.930 angestiegen. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre mussten 22,5 % der ordentlichen Einnahmen für die Besoldung des Personals aufgewendet werden.

Dienstpostenplan

Der Dienstpostenplan wurde zuletzt in der Gemeinderatssitzung vom 3.7.2008 geändert und wurde mit 22.7.2008 rechtskräftig. Dieser umfasst insgesamt 39,35 Personaleinheiten (PE), wovon 34,18 Einheiten tatsächlich besetzt werden.

Für Aushilfstätigkeiten werden weitere sechs Bedienstete (Vertrag nach ABGB) geringfügig beschäftigt.

Wie schon mehrmals seitens der Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung im Rahmen von Verordnungsprüfungen festgestellt, finden die in einer Arbeitsplatzbeschreibung angeführten Aufgaben und Tätigkeiten in der Oö. Gemeinde-Einreichungsverordnung keine Grundlage für eine Einreihung in die Funktionslaufbahn GD 17.4. „Qualifizierte/r Buchhalter/in“, sondern ist dieser Dienstposten mit der Funktionslaufbahn GD 18.4. „Buchhalter/in“ zu bewerten.

Der Gemeinderat hat in seiner nächsten Sitzung eine dementsprechende Änderung des Dienstpostenplanes herbeizuführen.

Allgemeine Verwaltung:

In der Allgemeinen Verwaltung sind 15,40 PE vorgesehen. Die Anzahl der festgesetzten Personaleinheiten kann im Vergleich mit anderen Gemeinden in der Größenordnung wie Gramastetten als Höchstgrenze angesehen werden. Der festgelegte Rahmen wird allerdings mit 14,06 Bediensteten (davon befindet sich eine Bedienstete in Karenz) nicht zur Gänze ausgeschöpft.

Für die weiteren Einrichtungen bzw. Bereiche wurde die Anzahl der Personaleinheiten wie folgt festgesetzt:

<u>Einrichtung:</u>	<u>„festgelegte PE“</u>	<u>„tatsächlich besetzte PE“</u>
Bauhof	6,00	6,00
Marktgemeindeamt und „Gramophon“ (Reinigung)	1,60	1,10
Schulzentrum (Schulwart und Reinigung)	6,20 ⁵	5,03
Schülerausspeisung	1,60	1,47
Schülerhort	1,00	0,70
Kindergarten Pöstlingberg (inkl. Reinigung)	7,55	6,12

Die personelle Ausstattung in den angeführten Einrichtungen kann als angemessen angesehen werden und ergab keinen Anlass zur Beanstandung.

Bezugsverrechnung

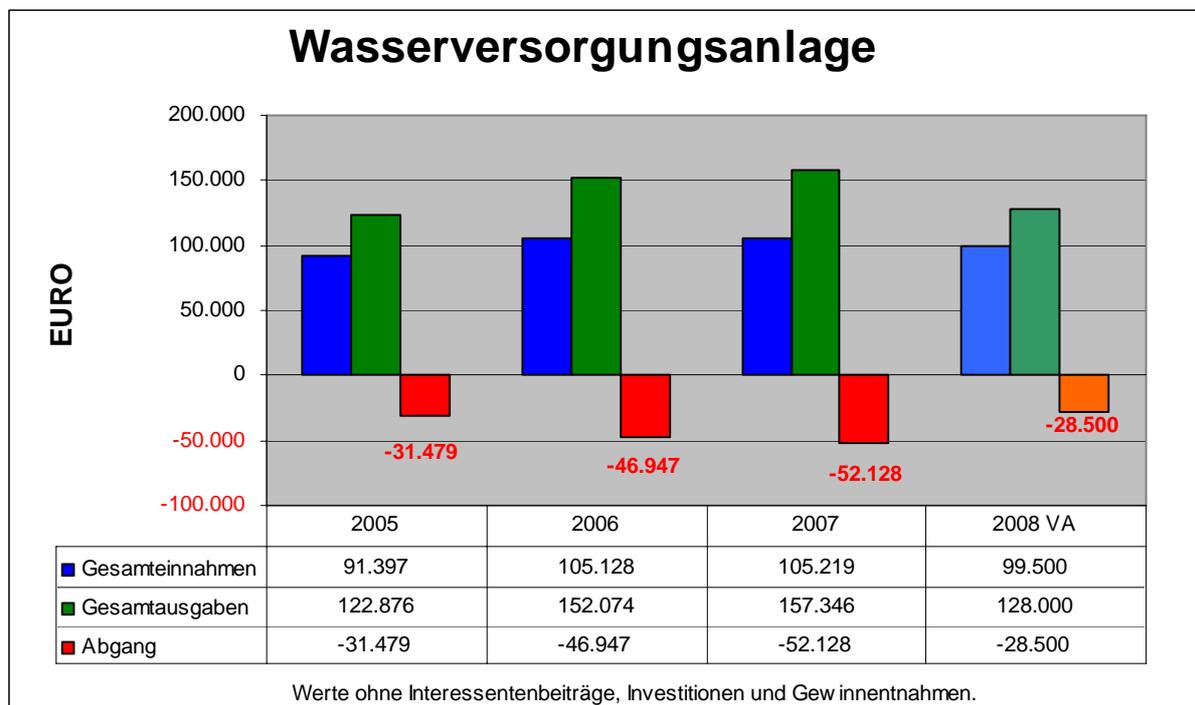
Die Kontrolle der Bezugsverrechnung beschränkte sich auf Einzelfälle, da die Marktgemeinde bezugsrelevante Änderungen beim Personal der Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung bekannt gibt und im Zuge dieses Serviceangebotes bereits eine begleitende Prüfung stattfindet. Bei der Durchsicht wurden keine Mängel festgestellt.

Seitens der Marktgemeinde wird im Rahmen einer Gemeindekooperation auch die Bezugsverrechnung für die Nachbargemeinde Eidenberg vorgenommen.

⁵ davon 1 PE Altersteilzeit - Dienstfreistellungszeitraum

Öffentliche Einrichtungen

Wasserversorgung



An das öffentliche Wasserleitungsnetz der Marktgemeinde sind rd. 17,5 % der 1.582 Objekte angeschlossen. Der Großteil der Bevölkerung wird von sechs Wassergenossenschaften versorgt oder bezieht sein Trink- und Nutzwasser aus Hausbrunnen.

In den vergangenen Jahren hatte die laufende Gebarung der Wasserversorgungsanlage jeweils steigende Abgänge zu verbuchen. Zuletzt mussten dem Betrieb rd. € 52.100 aus allgemeinen Budgetmitteln zur Verfügung gestellt werden.

Die in der Graphik dargestellten Werte stellen die laufenden Ergebnisse dar, in denen die eingenommenen Interessentenbeiträge, die getätigten Investitionen und die Gewinnentnahmen nicht berücksichtigt sind. Die Betriebsergebnisse, wie sie in den Rechnungsabschlüssen aufschienen, lagen in den einzelnen Jahren geringfügig besser, ein ausgeglichenes Ergebnis war jedoch in keinem der drei Jahre 2005 bis 2007 möglich.

Auch wenn die Gesamteinnahmen der Wasserversorgung vom Jahr 2005 auf das Jahr 2006 um rd. € 13.700 angestiegen sind, war auf Grund der Steigerung der Ausgaben um rd. € 29.200, die vor Allem aus Instandhaltungskosten resultierte, ein entsprechend höherer Abgang zu verzeichnen.

Die nochmalige Erhöhung des Betriebsabganges im Jahr 2007 wurde größtenteils durch einen Baukostenbeitrag an die Wassergenossenschaft Walding für den Neubau des Hochbehälters Hamberg verursacht.

Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Wassergenossenschaften zumeist Benützungsgebühren einheben, die deutlich unter den vom Land Oberösterreich für gemeindeeigene Wasserversorgungsanlagen vorgegebenen Mindestgebühren liegen. Grundsätzlich wären die meisten Wassergenossenschaften daher in der Lage, ihre Investitionen aus Eigenem zu finanzieren, wenn sie Benützungsgebühren einheben würden, die annähernd den Gebühren der Gemeindewasserversorgungen entsprechen.

Die Gewährung von Zuschüssen an Wassergenossenschaften wird künftig jedenfalls darauf abzustimmen sein.

Einen großen Anteil an den Ausgaben, die der Marktgemeinde im Zusammenhang mit der Wasserversorgungsanlage erwachsen, stellen die Tilgungen und die Zinsen für die zur Errichtung der Anlage aufgenommenen Darlehen dar. Im vergangenen Jahr 2007 mussten dafür Mittel in der Höhe von rd. € 80.200 aufgewendet werden. Dies entspricht einem Anteil an den Einnahmen der Wasserversorgung von rd. 76 %.

Da die betreffenden Darlehen teilweise noch deutlich über das Jahr 2015 hinaus laufen, ist mit einer Verbesserung der Betriebsergebnisse in den kommenden Jahren nicht zu rechnen.

Negativ auf das Betriebsergebnis des Jahres 2009 wird sich jedenfalls der von der Landespolitik angeregte Verzicht auf die jährliche Steigerung der Mindestgebühr auswirken.⁶

Anschluss- und Benützungsgebühren

Die vom Gemeinderat verordneten Benützungsgebühren entsprachen in den vergangenen Jahren jeweils exakt den vom Land Oberösterreich vorgegebenen Mindestsätzen. Die Anschlussgebühren hingegen lagen jeweils über den Vorgaben des Landes.

Aus gegebenem Anlass weisen wir darauf hin, dass es sich bei Wasseranschlussgebühren um zweckgebundene Mittel handelt, die entweder für entsprechende Investitionen verwendet werden müssen, oder sofern sie im Jahr ihrer Einhebung dafür nicht benötigt werden in Form zweckgebundener Rücklagen anzulegen sind.

Ebenso sind die auf Grund der Bestimmungen des Oö. Raumordnungsgesetzes 1994 eingehobenen AufschlieÙungsbeiträge zu behandeln, da sie Vorauszahlungen auf die Anschlussgebühren darstellen.

Die Marktgemeinde hat in den vergangenen drei Jahren im Zusammenhang mit der Wasserversorgungsanlage Interessentenbeiträge in der Gesamthöhe von rd. € 68.270 und AufschlieÙungsbeiträge in der Gesamthöhe von rd. € 26.440 eingehoben, jedoch nur einen Anteil von rd. € 21.300 für Investitionen verwendet.

Der restliche Betrag von insgesamt rd. € 73.400 ist im ordentlichen Haushalt verblieben und somit zweckwidrig zur Stützung des Budgets verwendet worden. Auch der Voranschlag für das Jahr 2008 sieht den Verbleib von zweckgebundenen Mitteln im ordentlichen Haushalt wieder vor.

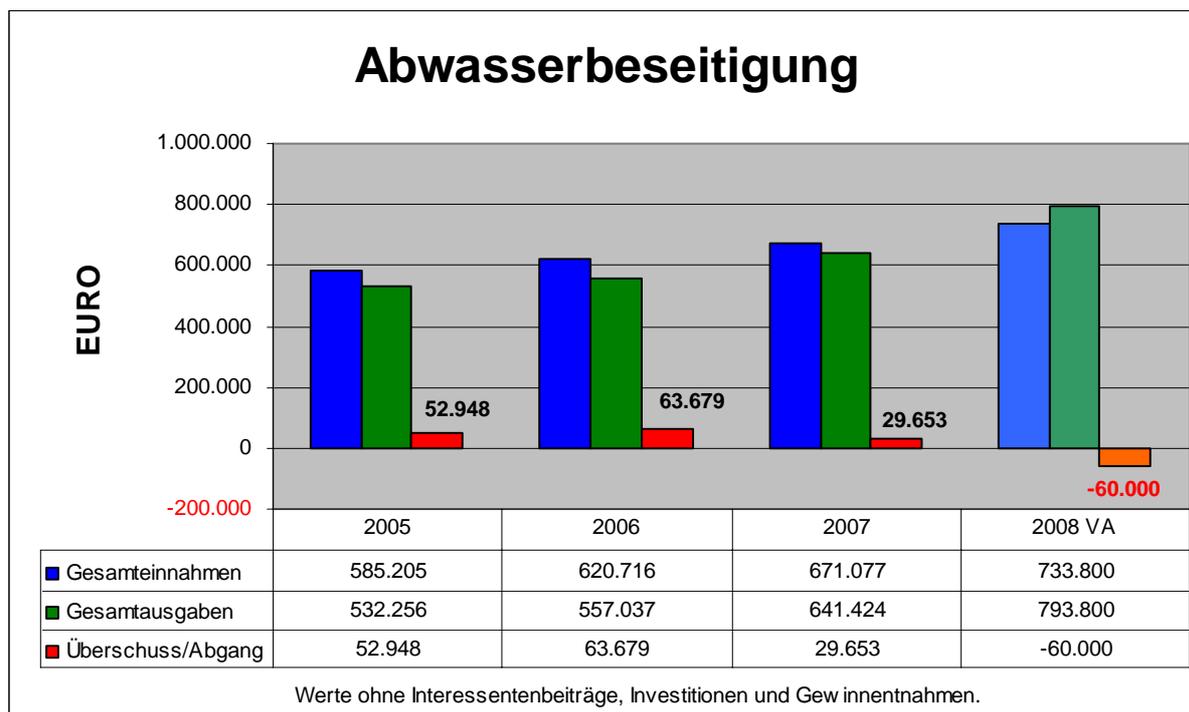
Im Einzelnen handelt es sich in den vergangenen Jahren und im Voranschlag 2008 um folgende Beträge:

	2005	2006	2007	2008
Anschlussgebühren	18.690,00	15.663,02	33.913,40	5.000,00
AufschlieÙungsbeiträge	9.385,20	8.879,02	8.173,26	0,00
Zuführungen zum a.o.H.	8.000,00	0,00	7.700,00	0,00
Investitionen im o.H.	1.910,06	820,26	2.868,69	2.000,00
im o.H. verblieben	18.165,14	23.721,78	31.517,97	3.000,00

Künftig wird die Marktgemeinde Interessenten- und AufschlieÙungsbeiträge nur mehr zweckgebunden für die Investitionen, für die sie vorgeschrieben und eingehoben worden sind, verwenden dürfen. Sollten diese Mittel im Jahr ihrer Einhebung nicht entsprechend eingesetzt werden, sind sie einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen und dort bis zu ihrer Verwendung anzulegen.

⁶ Auf Grund der geringen Ansdichtedichte an die gemeindeeigene Wasserversorgungsanlage wird sich der Effekt für die Gesamtbevölkerung der Marktgemeinde kaum messen lassen.

Abwasserbeseitigung



Der Betrieb der Abwasserbeseitigung, an den 78 % der Haushalte angeschlossen sind, verzeichnete in den vergangenen drei Jahren laufende Überschüsse in der Gesamthöhe von rd. € 146.280, die in Form von Gewinnentnahmen ausgeglichen wurden und im ordentlichen Haushalt verblieben sind.

Im Voranschlag für das Jahr 2008 rechnet die Marktgemeinde erstmals mit einem laufenden Abgang in der Höhe von € 60.000.

Dieser Abgang ist, wie auch aus der Graphik deutlich hervorgeht, die Fortsetzung einer negativen Entwicklung, die im Jahr 2007 begonnen hat. War im Jahr 2006 noch ein höherer Überschuss als im Jahr zuvor erwirtschaftet worden, so war das Ergebnis des Jahres 2007 bereits um rd. € 34.000 schlechter ausgefallen.

Verantwortlich dafür sind fast ausschließlich die Zahlungsverpflichtungen aus den Kanalbau Darlehen, die gegenüber dem Vorjahr um rd. € 70.000 angestiegen waren. Kompensiert wurde der Rückgang durch die um ca. € 40.000 gestiegenen Einnahmen aus den Benützungsgebühren.

Im laufenden Jahr 2008 steigen die Darlehensverpflichtungen nochmals deutlich um rd. € 121.000 gegenüber dem Vorjahr an⁷ und verursachen so das negative laufende Ergebnis des Voranschlags.

Die Einnahmen aus den Benützungsgebühren sind mit € 519.000, gemessen am Jahr 2007, um rd. € 6.000 geringer veranschlagt.

Nachdem in den vergangenen Jahren die Einnahmen aus den Benützungsgebühren relativ konstant angestiegen sind, dürfte sich dies im laufenden Jahr, auch auf Grund der Gebührenerhöhung, fortsetzen und aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem höheren Ertrag

⁷ Gemeint sind hier die Nettokosten aus den Darlehensverbindlichkeiten. Die Tilgungs- und Zinszuschüsse sind bereits berücksichtigt und abgezogen.

führen. Wir gehen daher davon aus, dass der im Voranschlag 2008 prognostizierte Betriebsabgang zum Jahresende doch etwas geringer ausfallen könnte.

Die für das Jahr 2009 mögliche Aussetzung von Gebührenerhöhungen wird das Betriebsergebnis der Abwasserbeseitigung und damit auch das Gesamtbudget negativ beeinflussen. Mit der ursprünglich von der oö. Landesregierung vorgegebenen Steigerung der Mindestbenutzungsgebühr um € 0,15 (gegenüber dem Jahr 2008) hätte die Marktgemeinde bei gleichbleibender Abwassermenge (2006: 170.000 m³) Mehreinnahmen von rd. € 25.500 Erlösen können.⁸

Anschluss- und Benutzungsgebühren

Die vom Gemeinderat verordneten Anschluss- und Benutzungsgebühren entsprachen in den vergangenen Jahren jeweils exakt den vom Land Oberösterreich vorgegebenen Mindestsätzen.

Grundsätzlich wird die Kanalbenutzungsgebühr nach dem Wasserverbrauch berechnet und es ist eine Grundgebühr festgesetzt, die in ihrer Höhe jeweils einem Wasserverbrauch von 80 m³ entspricht.

Für Liegenschaften, die über keinen Wasserzähler verfügen, erfolgt die Berechnung nach der Anzahl der Bewohner, wobei für Hauptwohnsitz-Gemeldete Personen ein Wasserverbrauch von 50 m³ und für Zweitwohnsitz-Gemeldete ein Wasserverbrauch von 25 m³ angenommen wird.

Aus gegebenem Anlass weisen wir darauf hin, dass es sich bei Kanalanschlussgebühren um zweckgebundene Mittel handelt, die entweder für entsprechende Investitionen verwendet werden müssen, oder sofern sie im Jahr ihrer Einhebung dafür nicht benötigt werden in Form zweckgebundener Rücklagen anzulegen sind.

Ebenso sind die auf Grund der Bestimmungen des Oö. Raumordnungsgesetz 1994 eingehobenen AufschlieÙungsbeträge zu behandeln, da sie Vorauszahlungen auf die Anschlussgebühren darstellen.

Die Marktgemeinde hat in den vergangenen drei Jahren im Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigung Interessentenbeiträge in der Gesamthöhe von rd. € 306.100 und AufschlieÙungsbeiträge in der Gesamthöhe von rd. € 229.000 eingehoben, jedoch nur einen Anteil von rd. € 313.600 für Investitionen verwendet.

Der restliche Betrag von insgesamt rd. € 221.500 ist im ordentlichen Haushalt verblieben und somit zweckwidrig zur Stützung des Budgets verwendet worden. Auch der Voranschlag für das Jahr 2008 sieht den Verbleib von zweckgebundenen Mitteln im ordentlichen Haushalt wieder vor.

Im Einzelnen handelt es sich in den vergangenen Jahren und im Voranschlag 2008 um folgende Beträge:

	2005	2006	2007	2008
Anschlussgebühren	125.219,85	67.549,79	113.312,31	83.700,00
AufschlieÙungsbeiträge	84.938,94	76.480,85	67.609,04	3.000,00
Zuführungen zum a.o.H.	66.000,00	53.724,71	85.097,68	25.000,00
Investitionen im o.H.	62.116,39	23.180,23	23.479,49	20.000,00
im o.H. verblieben	82.042,40	67.125,70	72.344,18	41.700,00

⁸ Statistisch (Mehreinnahmen: € 25.500; 5.075 Einwohner zum Stichtag 1. August 2008) ergibt sich durch die Aussetzung der Gebührenerhöhung eine Entlastung der Gramastettener Bevölkerung in der Höhe von € 0,42 pro Einwohner und Monat.

Künftig wird die Marktgemeinde Interessenten- und Aufschließungsbeiträge nur mehr zweckgebunden für die Investitionen, für die sie vorgeschrieben und eingehoben worden sind, verwenden dürfen. Sollten diese Mittel im Jahr ihrer Einhebung nicht entsprechend eingesetzt werden, sind sie einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen und dort bis zu ihrer Verwendung anzulegen.

Verwaltungskostentangente

Die für die Abwasserbeseitigung (und auch für andere Einrichtungen) von der Marktgemeinde angesetzten Verwaltungskostentangenten sind vergleichsweise hoch. Im Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2007 lag allein der Betrag, der der Abwasserbeseitigung für Arbeitsleistungen der Gemeindeverwaltung angelastet wurde, bei € 66.070. Im Voranschlag für das laufende Jahr 2008 ist eine Steigerung der Verwaltungskostentangente auf € 86.300 vorgesehen.

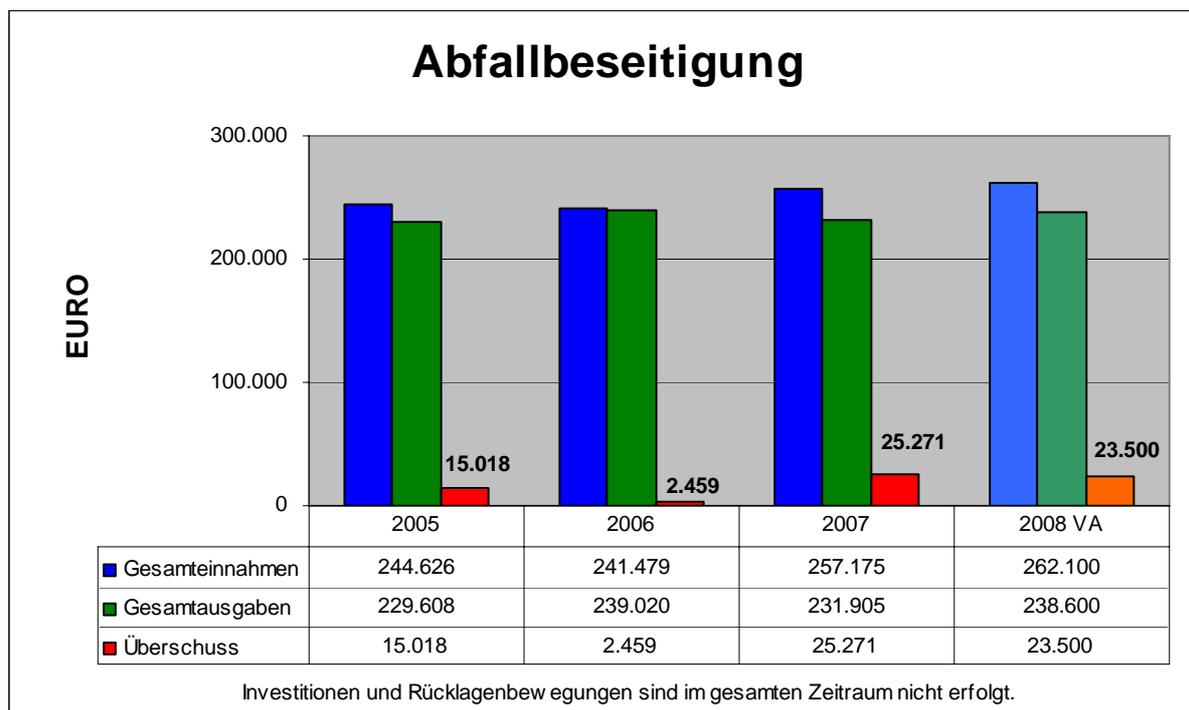
"Verursacht" wird die Höhe der Verwaltungskostentangenten durch die Berechnungsmethode des Marktgemeindeamtes, die sich auf das Verhältnis der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts zu den Ausgaben der einzelnen Betriebe und Einrichtungen bezieht und die Gesamtpersonalkosten im selben Verhältnis aufteilt.

Zur Abbildung der erforderlichen Kostenwahrheit, die zweckmäßigerweise die tatsächlich als Verwaltungsleistungen zu bezeichnenden Personalkosten beinhalten sollte, ist diese Berechnungsmethode nur bedingt einsetzbar. Sie berücksichtigt beispielsweise nicht, dass ein Großteil der im Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigung anfallenden Kosten aus Darlehensverbindlichkeiten resultiert und vergleichsweise wenig Arbeitsaufwand verursacht.⁹

Künftig sollte bei der Berechnung der Verwaltungskostentangenten jedenfalls auf die tatsächlich anfallenden Personalkosten abgestellt werden und nicht wie bisher auf die Ausgaben der einzelnen Einrichtungen.

⁹ Laufende Gesamtausgaben Abwasserbeseitigung (2007): € 641.400; Tilgungen und Zinsen (brutto): € 309.000

Abfallbeseitigung



Der Betrieb der Abfallbeseitigung verzeichnete in den vergangenen drei Jahren stark schwankende Überschüsse, die jeweils im ordentlichen Haushalt verblieben sind. Zuletzt konnte im Jahr 2007 zur Verstärkung des allgemeinen Budgets ein Betrag von rd. € 25.300 erwirtschaftet werden.¹⁰

Der gegenüber dem Vorjahr deutlich geringere Überschuss des Jahres 2006 erklärt sich durch die gestiegenen Ausgaben, denen trotz einer deutlichen Erhöhung der Benützungsgebühren im Rechnungsabschluss keine entsprechenden Mehreinnahmen gegenüberstanden. Als Erklärung dafür kann nur angenommen werden, dass sich eine Anzahl von Haushalten dafür entschieden hat, längere Abfuhrintervalle in Anspruch zu nehmen und dadurch eine Entlastung bei den Gebühren zu erreichen.

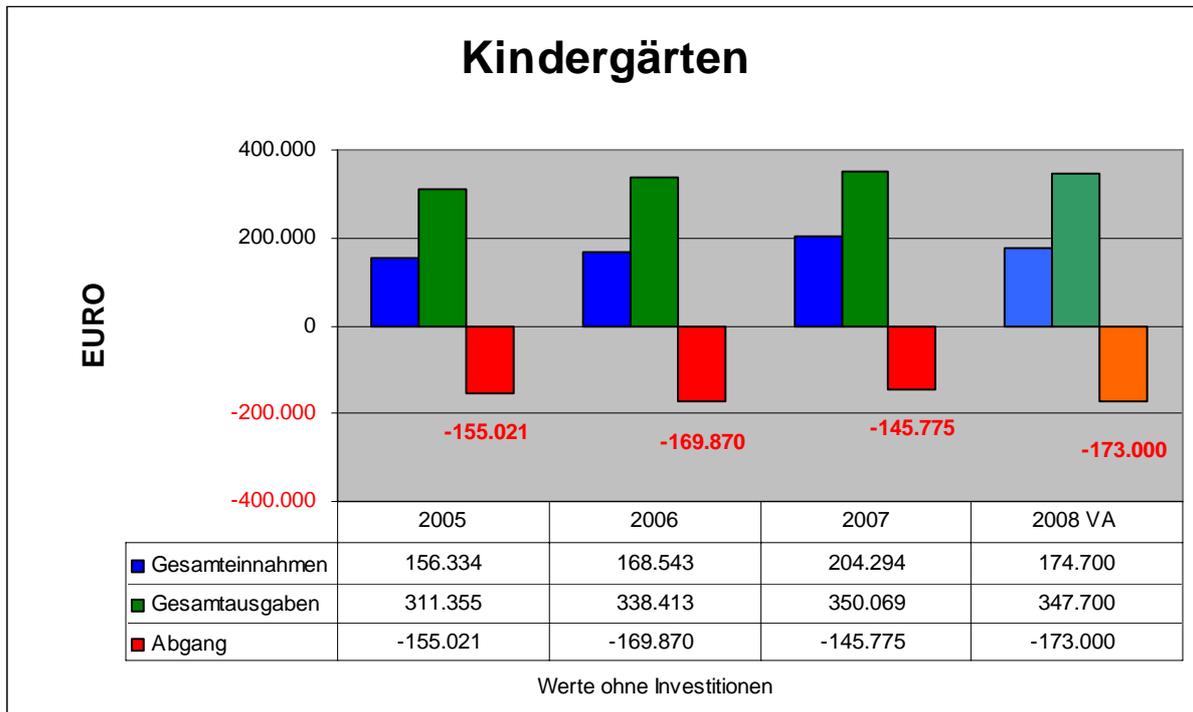
Die Erhöhung der Gebühren zu Beginn des Jahres 2007 zeigte im Rechnungsergebnis mit Mehreinnahmen von rd. € 11.000 eine deutliche Auswirkung und verbesserte zusammen mit einem Rückgang der Gesamtausgaben um rd. € 7.100 das Betriebsergebnis entsprechend.

Entgegen der in den vergangenen Jahren regelmäßig erfolgten Erhöhung der Gebühren für die Abholung und Entsorgung des Haus- und Gewerbeabfalls hat die Marktgemeinde für das laufende Jahr 2008 diese Gebühren nicht angepasst. Die Gebühren für die Entsorgung von Bioabfällen (Biotonne, Gras- und Grünschnitt) und von Sperrmüll sind seit mehreren Jahren nicht mehr erhöht worden.

Obwohl im Hinblick auf die in den vergangenen Jahren erreichte Kostendeckung bzw. auf die erwirtschafteten Überschüsse Gebührenerhöhungen nicht erforderlich wären, schlagen wir der Marktgemeinde vor, alle in der Abfallgebührenordnung enthaltenen Gebühren ab dem kommenden Jahr 2010 jährlich einer Indexanpassung zu unterziehen.

¹⁰ In den von uns genannten Zahlen sind auch die Einnahmen und Ausgaben enthalten, die die Marktgemeinde (unverständlichlicherweise) buchhalterisch im UA 527 darstellt. Es handelt sich dabei um die Gebarung im Zusammenhang mit der Vermietung von Containerstandplätzen an den BAV, der Sammlung von Altmetallen und mit der Vorschreibung von Reinigungspauschalen für illegal entsorgte Abfälle.

Kindergärten



In der Marktgemeinde bestehen zwei Kindergärten, wobei der Kindergarten Pöstlingberg von der Marktgemeinde selbst geführt und der Kindergarten Gramastetten von der Pfarrcaritas betrieben wird.

Insgesamt verursachten die beiden Kindergärten in den vergangenen drei Jahren Abgänge in der durchschnittlichen Höhe von rd. € 156.900.

Kindergarten Gramastetten

Mit der örtlichen Pfarrcaritas besteht ein Übereinkommen aus dem Jahr 1993, nach dem die Marktgemeinde verpflichtet ist, die jährlichen Betriebsabgänge abzudecken und zudem die Pflege und Betreuung der Kindergartenliegenschaft (Rasenmähen, Heckenschneiden, Winterdienst, etc.) zu übernehmen.

Im Zeitraum der Jahre 2005 bis 2007 hat die Marktgemeinde pro Jahr durchschnittliche Beträge von rd. € 61.200 für die Abgangsdeckung des viergruppigen Kindergartens geleistet. Dazu kamen noch die Kosten für den Transport der Kinder, den Einsatz der Bauhofmitarbeiter und sonstige kleinere Ausgaben, die sich in Summe durchschnittlich auf rd. € 34.600 pro Jahr beliefen.

Insgesamt hatte die Marktgemeinde daher jährlich einen durchschnittlichen Aufwand aus dem Pfarrcaritaskindergarten von rd. € 95.800, der durch die Zuschüsse des Landes zu den Transportkosten auf eine Netto-Belastung von € 78.450 pro Jahr gesenkt wurde.

Die Auslastung des Kindergartens lag zuletzt im Kindergartenjahr 2007/2008 mit 22 Kindern pro Gruppe nur knapp unter der möglichen Höchstzahl von 23 Kindern.

Betreut wurden die 82 Kinder im Kindergartenjahr 2007/2008 von vier Kindergartenpädagoginnen (3,8 PE) und vier Kindergartenhelferinnen (2,5 PE)¹¹. Für das Kindergartenjahr 2008/2009, für das insgesamt 84 Kinder angemeldet sind, bleibt das

¹¹ Die Kindergartenhelferinnen fungieren auch als Begleitpersonen beim Kindergartentransport.

Beschäftigungsausmaß der Pädagoginnen unverändert und wird bei den Helferinnen nur geringfügig um eine Wochenstunde erhöht.

Seit dem Inkrafttreten der Elternbeitragsverordnung 2007 hebt die Pfarrcaritas Elternbeiträge in der gleichen Höhe wie die Marktgemeinde ein.

Aus den Kosten, die der Marktgemeinde aus der Abgangsdeckung und den zusätzlichen Pflichtkosten erwachsen, errechnet sich ein vergleichsweise günstiger Zuschussbedarf von rd. € 953 pro Kind und Jahr.

Kindergarten Pöstlingberg

Die Betriebsabgänge des von der Gemeinde geführten dreigruppigen Kindergartens lagen in den vergangenen drei Jahren durchschnittlich bei rd. € 78.450.

Der deutlich über dem Durchschnitt liegende Abgang im Jahr 2006 resultiert aus der Tatsache, dass im Kindergartenjahr 2006/2007 auf Grund eines höheren Platzbedarfs eine vierte Gruppe als Kleingruppe mit 10 Kindern geführt worden ist und dafür der Personaleinsatz von 3 PE auf 3,87 PE erhöht worden war. Der Landeszuschuss zu den Personalkosten fiel dann im Jahr 2007 deutlich höher aus und der Abgang dieses Jahres lag dann deutlich unter dem Durchschnitt.

Ab dem Kindergartenjahr 2007/2008 wurde die Kleingruppe dann nicht mehr geführt, der Personaleinsatz der Kindergartenpädagoginnen aber nur auf 3,51 PE zurückgenommen.

Hintergrund dafür ist, dass nunmehr auch erweiterte Öffnungszeiten abgedeckt werden müssen und dafür ausgebildetes Personal zur Verfügung stehen muss.

Ein Anteil von ca. 0,2 PE entfällt derzeit auf eine reine Helferinnen-Tätigkeit, die aber (nach Auskunft des Marktgemeindefamtes) auf Grund des geringen Dienstalters der betreffenden Kindergärtnerin vergleichsweise kostengünstig ist.

Im Bereich der Kindergartenhelferinnen ist der Kindergarten Pöstlingberg mit 1,76 PE in einem Ausmaß besetzt, der als zweckmäßig und sparsam erachtet wird.

Die Elternbeiträge liegen für den Halbtagesbesuch derzeit gestaffelt nach dem Einkommen zwischen € 36 und € 90. Inklusive der Mittagsbetreuung erhöht sich der Elternbeitrag um 15 % und bei ganztägiger Betreuung um 33 %.

Mit den Elternbeiträgen, die in den vergangenen Jahren eingehoben worden sind, konnten seitens der Marktgemeinde durchschnittlich rd. 27 % der Gesamtkosten des Kindergartens bedeckt werden.

Ein Vergleich zwischen den Kosten, die der von der Pfarrcaritas geführte Kindergarten verursacht, mit dem Zuschussbedarf der durch den Betrieb des gemeindeeigenen Kindergartens entsteht, zeigt keine wesentlichen Unterschiede.

Berücksichtigt man die Tatsache, dass einerseits die Marktgemeinde im Jahr 2007 einen Betrag von rd. € 25.500 als Verwaltungskostentangente angesetzt hat und andererseits die Verwaltung des Pfarrcaritas-Kindergartens großteils ehrenamtlich erfolgt, ergeben sich als Zuschussbedarf pro Kind und Jahr folgende Beträge:

Kindergarten Pöstlingberg (Träger: Marktgemeinde)	€ 969,00 ¹²
Kindergarten Gramastetten (Träger: Pfarrcaritas)	€ 953,00

Mit diesen Werten liegen beide Kindergärten in einem vergleichsweise vertretbaren Rahmen.

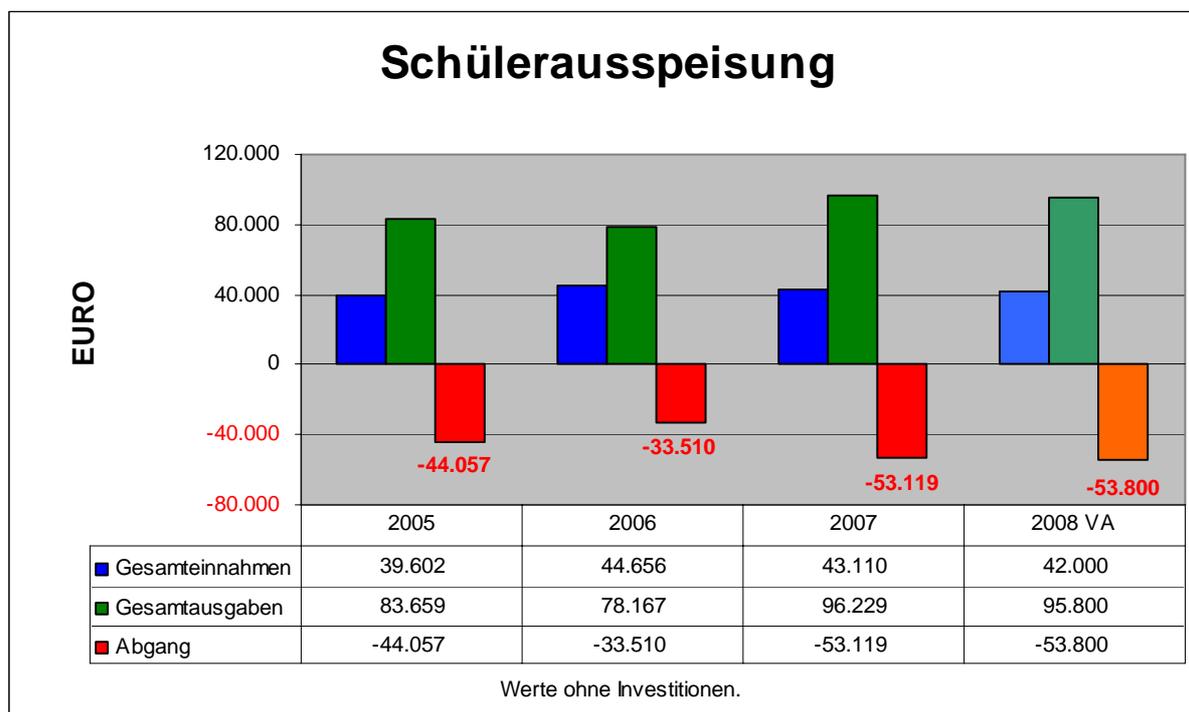
¹² Der im Jahr 2007 erhöhte Zuschuss des Landes zu den Personalkosten wurde auf den Durchschnitt der Jahre 2006 und 2007 "geglättet".

Auf Grund der Tatsache, dass die Elternbeiträge für den Pfarrcaritas-Kindergarten vom Marktgemeindeamt berechnet werden, wird künftig auch für den Kindergarten Gramastetten eine entsprechende Verwaltungskostentangente anzusetzen sein.

Dadurch wird sich der von uns errechnete Unterschied zwischen den Zuschussbeträgen noch mehr relativieren.

Als Beitrag zu den Kosten für das Begleitpersonal beim Kindergartentransport heben sowohl die Marktgemeinde als auch die Pfarrcaritas einen monatlichen Betrag von € 8 ein.

Schülerausspeisung



Der laufende Betrieb der Schülerausspeisung, die auch den Kindergarten und den Schülerhort mit Mittagsmahlzeiten versorgt, verursachte in den vergangenen Jahren Abgänge, die zwischen rd. € 33.500 (2006) und rd. € 53.100 (2007) lagen.

Der Rückgang des Fehlbetrages im Jahr 2006 ergab sich hauptsächlich durch geringere Kosten für den Einkauf von Lebensmitteln und durch eine Steigerung bei den Verkaufserlösen, die allein auf die gestiegene Anzahl von verkauften Mahlzeiten zurückzuführen ist.

Die Portionspreise sind nämlich seit September 2004 unverändert und liegen bei € 2,00 für Schüler, Hort- und Kindergartenkinder und bei € 2,70 für Erwachsene.

Im Finanzjahr 2007 ergab sich eine deutliche Steigerung der Gesamtausgaben, die vor Allem durch die Personalkosten verursacht worden ist.

Nachdem eine der beiden Bediensteten der Schülerausspeisung seit Mitte September 2007 aus gesundheitlichen Gründen dienstverhindert ist, musste die Marktgemeinde eine zusätzliche Bedienstete beschäftigen. Die Personalkosten sind daher gegenüber dem Vorjahr deutlich um rd. € 13.350 auf insgesamt rd. € 64.900 im Jahr 2007 angestiegen.

Bei einer Gesamtmenge von 20.554 Mahlzeiten, die die Marktgemeinde im Jahr 2007 ausgegeben hat, ergibt sich auf Basis der Jahreskosten in der Höhe von € 96.229 ein Herstellungspreis pro Portion von € 4,68. Aus dem laufenden Abgang von € 53.119 ergibt sich pro Portion ein Zuschuss aus dem Gemeindebudget von € 2,58.

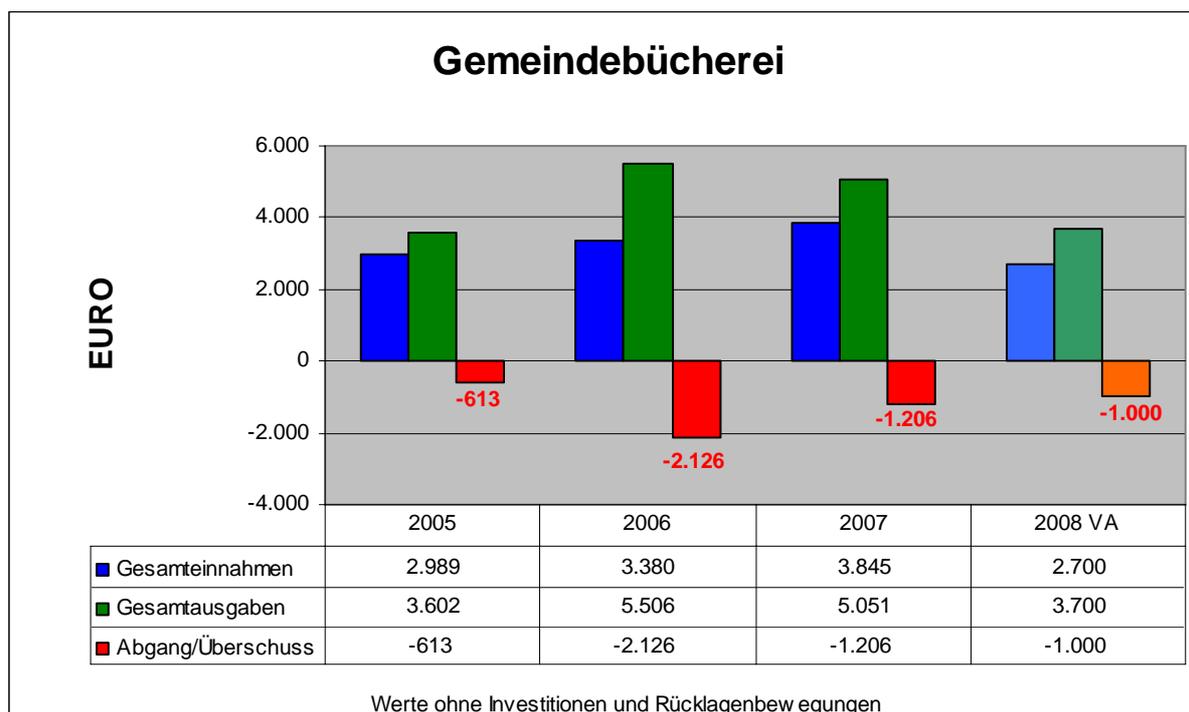
Wenn zu Vergleichszwecken die Mehrkosten für das zusätzliche Personal im Jahr 2007, die bei ca. € 16.000 gelegen sind, nicht berücksichtigt werden, ergibt sich pro Portion ein Herstellungspreis von € 3,90 und ein Zuschussbedarf aus dem allgemeinen Budget von € 1,81. Beide Werte liegen vergleichsweise günstig.

Im Zusammenhang mit dem Langzeitkrankenstand einer Bediensteten wird sich die wirtschaftliche Situation der Schülerausspeisung in der Weise positiv entwickeln, als die Marktgemeinde seit März 2008 "nur mehr" 25 % der Lohnkosten tragen muss.

Im Hinblick darauf, dass der Krankenstand der Bediensteten im September 2008 nunmehr bereits ein Jahr dauert, bestünde für die Marktgemeinde auch die Möglichkeit das Dienstverhältnis zu beenden.

Wir gehen davon aus, dass die Marktgemeinde, unter Bedachtnahme auf alle sozialen Aspekte, eine Beendigung des Dienstverhältnisses ernsthaft in Erwägung zieht.

Gemeindebücherei



Die Gemeindebücherei befindet sich im Amtsgebäude der Marktgemeinde. Die Führung und der Bücherverleih wird von den Bediensteten der Allgemeinen Verwaltung je nach Bedarf mit übernommen. Durch diese Vorgangsweise ist ein auf den tatsächlichen Arbeitsanfall gezielter Personaleinsatz möglich bzw. gewährleistet.

Im Vergleich zu anderen Büchereien ist der jährliche Abgang gering. Dies resultiert unter anderem daraus, dass seitens der Marktgemeinde bisher keine buchhalterische Zuordnung der Personalausgaben und der Betriebskosten vorgenommen wurde. Bei einer korrekten Zuordnung dieser Kosten würden sich die in der Grafik ausgewiesenen Abgänge daher entsprechend erhöhen.

Pro Woche hat die Bücherei 31,5 Stunden geöffnet. Die Öffnungszeiten sind an denen des Bürgerservices ausgerichtet.

In der Gemeinderatssitzung vom 27.9.2001 wurden die Entlehnungstarife letztmalig erhöht. Die Einnahmen aus dem Bücherverleih sind gering und beliefen sich in den letzten drei Jahren auf jährlich durchschnittlich € 640.

Die Personal- und Betriebskosten sind ab dem Finanzjahr 2008 buchhalterisch darzustellen.

Sauna

Der im Anbau des Schulkomplexes untergebrachte Saunabetrieb wurde im Jahr 2005 einem Verein übergeben. Durch die dadurch eingesparten Personalkosten (Saunabetreuung) wird das Gemeindebudget seit dem Jahr 2006 jährlich um durchschnittlich € 28.500 entlastet.

Die anfallenden Betriebskosten (jährlich durchschnittlich rd. € 2.400) werden von der Marktgemeinde übernommen.

Ein entsprechender Gemeinderatsbeschluss hinsichtlich der Übernahme dieser Kosten ist nicht vorhanden und ist daher unverzüglich nachzuholen.

Seit dem Jahr 2007 werden die Heizkosten für den Saunabetrieb buchhalterisch dem Schulbetrieb angelastet.

Die anfallenden Kosten sind künftig wieder im dafür vorgesehenen Unterabschnitt auszuweisen. Allfällig anfallende Verwaltungskosten sind ebenfalls darzustellen.

Wir weisen darauf hin, dass es sich bei den angeführten Aufwendungen um freiwillige Ausgaben handelt, die im vorgegebenen Förderrahmen von € 15 je Einwohner ihre Deckung finden müssen.

Ausgegliederte Unternehmungen

Kommanditgesellschaft

Die Marktgemeinde ist Kommanditistin der KG „Verein zur Förderung der Infrastruktur der Marktgemeinde Gramastetten & Co KG“. Die Gesellschaft wurde im Jahr 2006 gegründet.

Von der Kommanditgesellschaft wird die Errichtung des Kommunikationszentrums (Gastronomiebetrieb, Veranstaltungssaal, Musikschule und Probelokal Musikverein) mit einem Kostenvolumen von 5 Millionen Euro sowie die Errichtung eines Biomasseheizwerkes für die Beheizung und Warmwasseraufbereitung des neuen Kommunikationszentrums und des Gemeindeamtes (Kostenvolumen von € 450.000) abgewickelt. Künftige sowie bereits geplante Projekte wie der Bau des Feuerwehrzeughauses Gramastetten und die Sanierung des Schulzentrums sollen ebenfalls über die KG errichtet werden.

Im Jahresabschluss 2007 der Kommanditgesellschaft ergibt sich als Ergebnis der erfolgswirksamen Gebarung (ordentlicher Haushalt) ein Verlust in der Höhe von rd. € 18.000. Berücksichtigt man das Ergebnis des Finanzjahres 2006 (rd. - € 11.140) sowie die bereits geleisteten Liquiditätszuschüsse der Marktgemeinde in der Höhe von insgesamt € 40.000, ergibt sich insgesamt ein Plus von rd. € 10.860.

Zum Prüfungszeitpunkt betrug der Schuldenstand der Kommanditgesellschaft rd. € 2.000.000, der sich folgendermaßen aufteilt:

€ 800.000 – Zwischenfinanzierung Kommunikationszentrum (Rahmen 1 Mio.),
€ 990.000 – Kommunikationszentrum (Laufzeit bis Ende 2032) und
€ 200.000 – Biomasse-Heizwerk (Laufzeit bis Ende 2023).

Kommunikationszentrum (u. a. mit Musikschule und neuem Musikheim)

Mit dem Bau wurde im Jahr 2007 begonnen. Der von der Aufsichtsbehörde genehmigte und vom Gemeinderat beschlossene Finanzierungsplan wurde mit einem Kostenvolumen von 5 Millionen Euro festgesetzt und enthält folgende Deckungsmittel:

Eigenmittel der Gemeinde:	€ 738.300
Bankdarlehen KG:	€ 1.000.000 (Laufzeit bis 2032)
Landeszuschüsse:	€ 861.700
Bedarfszuweisungsmittel:	€ 2.400.000

Die angeführten Mittel werden in den Jahren 2008 bis 2012 gewährt bzw. müssen diese seitens der Marktgemeinde als Gesellschafterin erbracht werden.

Nachdem die Fördermittel in Raten bis zum Jahr 2012 ausbezahlt werden hat die Marktgemeinde die Vorfinanzierungskosten zu tragen. Dafür wurde ein Zwischenfinanzierungsdarlehen mit einem Rahmen von € 1.000.000 aufgenommen.

Mit einer Tilgung kann frühestens Mitte des Jahres 2010 gerechnet werden. Dadurch entstehen jährlich durchschnittlich Zinsen in der Höhe von ca. € 29.000, die die Marktgemeinde zusätzlich zu den oben angeführten Finanzierungsmittel aufzubringen hat.

Für die Darlehenstilgung (Bankdarlehen der KG lt. Finanzierungsplan) sind bereits im Jahr 2008 Gemeindemittel in der Höhe von ca. € 36.000 gebunden. Ab dem Finanzjahr 2009 erhöht sich die jährliche Rate auf rd. € 72.000 bis zum Ende des Jahres 2032.

Die gesamten Fremdfinanzierungskosten werden das Gemeindebudget in den kommenden Jahren schwer belasten und der Haushaltsausgleich wird sich dadurch schwierig gestalten.

Darüber hinaus sind im Finanzierungsplan Eigenmittel in der Höhe von € 738.200 vorgesehen. Diese müssen im Zeitraum 2008 bis 2012 zusätzlich zur Darlehenstilgung bereitgestellt werden (jährlich durchschnittlich rd. € 148.000).

Aus unserer Sicht ist die Erbringung dieser Mittel keinesfalls möglich, zumal im Vergleich zu den Vorjahren lediglich durchschnittlich rd. € 34.000 an ordentlichen Anteilsbeträgen zur Finanzierung von außerordentlichen Vorhaben erbracht werden konnten. Eine weitere Fremdfinanzierung ist dadurch vorprogrammiert.

Unserer Ansicht nach wurde bei der Finanzierung dieses Vorhabens das Eigenmittelpotential der Marktgemeinde als Gesellschafterin nicht beachtet und bei weitem überschritten.

Wir empfehlen der Marktgemeinde sich umgehend um eine neue und vor allem realistische Finanzierung zu bemühen.

Weitere Vorhaben können erst dann begonnen werden, wenn die Finanzierung dieses Vorhabens gesichert ist und im Einklang mit der finanziellen Lage der Marktgemeinde steht. Durch die derzeit vereinbarte Finanzierung hat die Gemeinde in den kommenden Jahren keinen finanziellen Spielraum für die Erbringung von Eigenmitteln bzw. für Folgebelastungen.

Zu berücksichtigen ist weiters, dass durch die Folgekosten die Aufrechterhaltung des Haushaltsausgleiches akut gefährdet ist.

Zum 09. Oktober 2008 wurden in der Buchhaltung Ausgaben in der Höhe von insgesamt rd. € 2.727.800 ausgewiesen. Der festgesetzte Kostenrahmen (5 Mio. Euro) kann nach derzeitiger Einschätzung eingehalten werden. Das Kommunikationszentrum wird im Herbst 2008 eröffnet.

Biomasse-Heizwerk

Für die Beheizung des Kommunikationszentrums und des Amtsgebäudes der Marktgemeinde Gramastetten wurde im Jahr 2008 ein Biomasse-Heizwerk errichtet. Die Anlage wird vom Verein „Bioenergie Gramastetten“ betrieben. Die Finanzierung mit einem Kostenrahmen von € 450.000 wurde vom Gemeinderat entsprechend dem aufsichtsbehördlichen Finanzierungsplan wie folgt beschlossen:

Eigenmittel der Gemeinde:	€ 35.000
Bankdarlehen KG:	€ 200.000
Bundeszuschuss:	€ 135.000
Bedarfszuweisungsmittel:	€ 80.000

Die dargestellten Eigenmittel sind in den Jahren 2008 und 2009 zu erbringen. Die Darlehensfinanzierung (Tilgungen und Zinsen) verursacht ab dem Finanzjahr 2009 eine jährliche Belastung von ca. € 18.500. Aufgrund der fehlenden Eigenmittel musste auch bei diesem Vorhaben auf eine Fremdfinanzierung zurückgegriffen werden. Bis zum Jahr 2023 sind demnach wiederum beträchtliche ordentliche Budgetmittel zur Bestreitung der Darlehensrückzahlungen gebunden.

Die bereits entstandenen Kosten beliefen sich per 9. Oktober 2008 auf rd. € 361.600. Mit dem festgesetzten Kostenrahmen kann nach derzeitiger Einschätzung das Auslangen gefunden werden.

Gemeindevertretung

Verfüngsmittel und Repräsentationsausgaben

Die Verfügungs- und Repräsentationsmittel des Bürgermeisters sind in den letzten drei Jahren jeweils entsprechend der gesetzlichen Höchstgrenze (3 bzw. 1,5 v. T. der veranschlagten ordentlichen Gesamtausgaben) veranschlagt worden.

Im gesamten Zeitraum der Jahre 2005 bis 2007 wurde der veranschlagte Rahmen nicht nur eingehalten, sondern es wurden auch Mittel eingespart.

	Verfüngsmittel			Repräsentationsausgaben		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007
VA	17.600,00	18.000,00	19.400,00	8.800,00	8.800,00	9.700,00
RA	15.992,42	17.972,00	17.676,35	7.155,93	5.296,61	5.931,12
Einsparung	1.607,58	28,00	1.723,65	1.644,07	3.503,39	3.768,88

Weitere wesentliche Feststellungen

Feuerwehrwesen

In der Marktgemeinde gibt es drei Freiwillige Feuerwehren. Der Betriebsaufwand (ohne Investitionen und Schuldenbelastung) belief sich im Prüfungszeitraum von 2005 – 2007 auf durchschnittlich € 32.800 pro Jahr, das sind ca. € 7 pro Einwohner. Der Wert kann vergleichsweise als vertretbar bezeichnet werden.

Zusätzlich zum laufenden Betriebsaufwand fallen seit dem Jahr 2004 jährlich Kosten in der Höhe von € 12.700 für Darlehensrückzahlungen (Grundstücks- und Gebäudeankauf – Errichtung Feuerwehrhaus Gramastetten) an.

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Die freiwilligen Ausgaben der Marktgemeinde beliefen sich im Jahr 2007 auf insgesamt rd. € 234.100. Für die Deckung waren demnach rd. 4 % der ordentlichen Gesamteinnahmen gebunden.

Zieht man davon jene Posten ab, die mit Sachzwang belegt sind (Mitgliedsbeiträge, Beitrag Schwarzes Kreuz, Veranstaltungen der Gemeinde etc.), so förderte die Marktgemeinde u. a. Vereine und Privatpersonen mit rd. € 125.300. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl der Marktgemeinde entspricht diese Summe einem Betrag von rd. € 25 je Einwohner.

Der Voranschlag für das Finanzjahr 2008 enthält Ausgaben für freiwillige Leistungen ohne Sachzwang von € 18,40 pro Einwohner (rd. € 92.200). Im Vergleich zum Jahr 2007 ergibt sich eine Reduzierung von rd. € 31.100. Maßgeblich dafür sind die um rd. € 10.000 niedriger geschätzten Subventionen für Energieanlagen und der Wegfall einer einmaligen Förderung für das Eltern- und Kindzentrum (rd. € 20.000).

Im Bereich der Subventionen für Energieanlagen ist eine Doppelförderung zu einer Landesförderung gegeben. Die Gewährung und Auszahlung des Zuschusses erfolgt nach Vorlage der Zusicherung des Landes. Im Vergleich mit dem Jahr 2005 erhöhten sich diese Ausgaben um € 11.430 und wurden im Jahr 2007 mit € 20.880 budgetwirksam.

Nachdem das Ausmaß dieser Förderungen aufgrund der vorhandenen generellen Gemeinderichtlinie schwer abschätzbar ist, ist die Entwicklung dieser Ausgaben im Auge zu behalten. Ergibt sich im Laufe des Jahres unter Einbindung der bereits geplanten Förderungsausgaben eine Überschreitung des für alle oberösterreichischen Gemeinden einheitlich festgesetzten maximalen Förderrahmens von € 15 je Einwohner, sind Subventionen in anderen Bereichen zurückzustellen.

Der Richtsatz von € 15 je Einwohner ist in Hinkunft einzuhalten.

Auch die nicht gedeckten Ausgaben für das Sammeltaxi müssen künftig im Förderrahmen ihre Deckung finden.

Außerordentlicher Haushalt

Überblick über den außerordentlichen Haushalt des Finanzjahres 2007

Der außerordentliche Haushalt schloss im Finanzjahr 2007 mit einem Abgang in der Höhe von rd. € 162.290 ab. Dieser setzte sich aus folgenden Ergebnissen zusammen:

<u>Gemeindeprojekt:</u>	<u>Überschuss</u>	<u>Fehlbetrag</u>
Feuerwehrhaus Gramastetten:		€ 45.090
Schulzentrum:		€ 54.210
Straßen und Wege:		€ 25.650
WL Feldsdorf:	€ 5.210	
Kanal BA 12:	€ 120	
Kanal BA 09:		€ 61.640
Kanal BA 11:	€ 18.970	

Gemeindeprojekte, wie der Umbau und die Sanierung des Amtsgebäudes, die Erweiterung des Friedhofs „Pöstlingberg“, der Ankauf eines Kommunaltraktors und die Errichtung Gehsteig Linzerstraße mit Fahrbahnteiler Ortseinfahrt, konnten im Jahr 2007 ausfinanziert werden. Die im Bereich der Siedlungswasserbauten laufenden Bauabschnitte können in den kommenden Jahren ausfinanziert werden.

Das Investitionsvolumen belief sich im Rahmen des außerordentlichen Haushalts in den letzten 3 Jahren (Zeitraum 2005 – 2007) auf rd. 4,5 Millionen Euro.

Die Überprüfung der nachstehenden Bauvorhaben beschränkte sich im Wesentlichen auf deren Kostenentwicklung und Finanzierung.

Umbau und Sanierung des Amtsgebäudes

Unter dem gegenständlichen Bauvorhaben wurde in zwei Bauetappen die Errichtung einer Bürgerservicestelle, einer Sozialberatungsstelle, eines Sozialraumes und der Umbau diverser Büroräumlichkeiten (Bürgermeister, Amtsleiter, Sekretariat, Clubraum) vorgenommen. Der Grundsatzbeschluss über die Durchführung dieses Projektes wurde in der Gemeinderatssitzung vom 11.7.2002 gefasst.

Die von der Aufsichtsbehörde erstellten Finanzierungspläne beinhalten Deckungsmittel für geschätzte Gesamtherstellungskosten von € 310.000.

Die Baumaßnahmen wurden in den Jahren 2005 und 2006 vorgenommen. Die Finanzierung dieser Bauetappen erstreckte sich über einen Zeitraum von fünf Jahren. Im Jahr 2007 konnte dieses Vorhaben nunmehr ausfinanziert werden. Insgesamt entstanden Kosten in der Höhe von € 306.680. Seitens des Gemeinderates wurden Bedarfszuweisungsmittel von € 150.000 gewährt. Die restlichen Deckungsmittel von € 156.680 brachte die Marktgemeinde selbst auf.

Die ursprünglich im Finanzierungsplan für die erste Bauetappe vorgesehenen Einnahmen aus einer Darlehensaufnahme (€ 30.000) konnten durch ordentliche Haushaltsmittel ersetzt werden. Für die Zwischenfinanzierung wurden Mittel aus der bestehenden Kanalbaurücklage von € 50.000 entnommen. Mit der Rückzahlung dieses „internen Darlehens“ wurde im Jahr 2007 (€ 10.000) begonnen.

Seitens der Marktgemeinde sind weitere Umbau- und Sanierungsmaßnahmen geplant. Der Realisierungszeitpunkt ist allerdings noch ungewiss, da die Marktgemeinde in den

kommenden Jahren nicht in der Lage sein wird, Eigenmittel für diese Maßnahmen bereitzustellen.

Wir halten fest, dass in den kommenden Jahren der Schwerpunkt in der Ausfinanzierung von bereits begonnenen Gemeindeprojekten liegen muss. Die bisher eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Kommanditgesellschaft lassen keine weiteren Bauvorhaben unter Einbindung von Eigenmitteln mehr zu. Auch Finanzierungen mittels Darlehen können aufgrund der Folgekosten nicht vertreten werden.

Zubau und Sanierung Schulzentrum – Biomasseheizung

Im Jahr 2006 wurde in der ersten Bauetappe der Einbau einer Hackgutfeuerungsanlage für die Beheizung des gesamten Schulgebäudes vorgenommen. In den Gesamtausgaben in der Höhe von € 330.870 sind unter anderem auch die Planungskosten für das „Gesamtprojekt Schulzentrum“ von rd. € 90.900 enthalten. Die Ausgaben für die Biomasseheizung beliefen sich auf € 239.952.

Die Bedeckung dieser Ausgaben (inklusive Gesamtplanungskosten) stellt sich am Ende des Finanzjahres 2007 wie folgt dar:

Landeszuschüsse:	€ 46.660
Bankdarlehen (z.T. Zwischenfinanzierung):	€ 200.000
Anteilsbeträge o.H.:	<u>€ 30.000</u>
	€ 276.660

Es ergibt sich somit ein Abgang in der Höhe von 54.210.

Zurückzuführen auf die fehlenden bzw. bereits gebundenen Eigenmitteln musste die Marktgemeinde, wie auch bei anderen Vorhaben, auf eine Fremdfinanzierung zurückgreifen. Die Darlehensaufnahme wurde mit Schreiben der Aufsichtsbehörde vom 15.9.2006 genehmigt; im gültigen Finanzierungsplan scheinen diese Bedeckungsmittel allerdings nicht auf.

Für die Darlehensrückzahlung mussten in den letzten zwei Jahren ordentliche Haushaltsmittel von insgesamt € 34.830 (Tilgung € 26.190 / Zinsen € 8.640) aufgewendet werden.

Im Finanzjahr 2010 ist die Gewährung von weiteren Landeszuschüssen (€ 45.000) und von Bedarfszuweisungsmitteln (€ 45.000) vorgesehen.

Diese Einnahmen sind zur Abdeckung des Fehlbetrages sowie für die vorzeitige Teilrückzahlung des aufgenommenen Darlehens heranzuziehen.

In der mittelfristigen Finanzplanung wurde der Baubeginn des zweiten Abschnittes (Sanierungsmaßnahmen, Erweiterungen etc.) im Jahr 2010 eingeplant. Die Abwicklung soll über die gemeindeeigene Kommanditgesellschaft erfolgen. Das Gesamtprojekt wurde mit Kosten von insgesamt 9 Millionen Euro in die Planung aufgenommen.

Aufgrund der in den kommenden Jahren bestehenden Zahlungsverpflichtungen an die Kommanditgesellschaft und der dadurch bereits gebundenen Eigenmittel der Marktgemeinde ist der Realisierungszeitpunkt des zweiten Bauabschnittes jedoch ungewiss.

Friedhof Pöstlingberg

Die Erweiterung des Friedhofes Pöstlingberg war ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt Linz mit den Gemeinden Lichtenberg, Puchenau und Gramastetten. Der Kostenanteil der Marktgemeinde Gramastetten wurde mit 34,18 % festgelegt.

Nachdem die Aufnahmekapazität des Friedhofes der Pfarre Pöstlingberg erschöpft war, haben sich nach langwierigen Verhandlungen alle Betroffenen darauf geeinigt, den Friedhof gemeinsam zu erweitern (Grundzukauf, Adaptierung, Sanierung und Erweiterung der Friedhofsanlagen).

Mit der Abwicklung wurde eine Firma beauftragt. Die Gemeinden schlossen in der Folge eine (Vor)Finanzierungsvereinbarung ab. Aus dieser Vereinbarung sind laut Angabe der Firma Gesamtkosten in der Höhe von rd. € 49.500 noch offen. Dabei sollte es sich um die in der Abrechnung unberücksichtigt gebliebene Umsatzsteuer handeln. Die Kosten werden derzeit von der Aufsichtsbehörde geprüft. Sollte es zu einer Nachzahlung kommen, hat die Markt-gemeinde Mittel in der Höhe von rd. € 17.000 bereitzustellen.

Für dieses gemeindeübergreifende Projekt brachte die Marktgemeinde in den Jahren 2000 bis 2007 Gemeindemittel von insgesamt rd. € 101.200 auf. Weiters wurden Bedarfszu-weisungsmittel von € 85.144 gewährt.

Die Gesamtkosten (ohne Zinsen für die Zwischenfinanzierung) beliefen sich auf € 482.263 bzw. laut Angabe der beauftragten Firma auf € 531.801.

Ankauf Kommunaltraktor

Die Marktgemeinde kaufte im Jahr 2006 einen Traktor, Marke Fendt 307 CI zu einem Preis von € 72.960 an. Finanziert wurde dieser Kauf durch Eigenmittel von € 57.960 und Landeszuschüsse von insgesamt € 15.000.

Feuerwehrrzeughaus Gramastetten

Grund- und Gebäudeankauf

Nach erfolgter hochbautechnischer Begutachtung wurde in der Gemeinderatssitzung vom 13.12.2001 der Beschluss über den Ankauf eines Grundstückes inklusive Gebäude für die Errichtung des Feuerwehrrzeughauses Gramastetten gefasst. In der Sitzung am 10. Juli 2003 wurde der Kaufvertrag abgeschlossen.

Im Rechnungsabschluss 2007 sind angefallene Kosten von insgesamt € 492.590 (Erwerbs- und Nebenkosten für Grundstück und Gebäude, Planungskosten etc.) ausgewiesen. Die Bedeckung der Ausgaben stellt sich wie folgt dar:

Rücklagen:	€	3.750
Darlehen:	€	391.980
Anteilsbeträge o.H.	€	51.770

Am Ende des Finanzjahres 2007 verzeichnet dieses Projekt einen Abgang von € 45.090.

Hinsichtlich der vorgenommenen Darlehensfinanzierung stellen wir Folgendes fest:

In der Gemeinderatssitzung vom 13. Dezember 2001 erfolgte erstmals die Beschlussfassung über die Antragsstellung auf Bedarfszuweisungsmittel anhand einer groben Kosten-schätzung. Die Gewährung von Bedarfszuweisungsmitteln erfolgte jedoch nicht.

Ein weiterer Gemeinderatsbeschluss über eine mögliche Finanzierung dieses Ankaufes ist nicht vorhanden. Nach erfolgter Ausschreibung wurde in der Sitzung vom 28. März 2003 die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von € 400.000 beschlossen.

Die aufsichtsbehördliche Genehmigung (§ 84 Oö. GemO 1990) wurde allerdings nur für eine Darlehenshöhe von € 100.000 erteilt. Der dafür erforderliche Nachtragsbeschluss des Gemeinderates wurde in der Sitzung am 15. April 2004 gefasst. Hinsichtlich der fehlenden Geldmittel erfolgte keine Beratung bzw. Beschlussfassung.

Für die weitere Finanzierung wurden im Finanzjahr 2003 die Kanalbaudarlehen der Bauabschnitte 09 und 10 zur Gänze ausgeschöpft (insgesamt € 291.980). Die Darlehensrückzahlung erfolgte nicht im Bereich des Feuerwehrwesens sondern wurde diese dem Betrieb der Abwasserbeseitigung angelastet. Demnach wurde diese Einrichtung in den vergangenen Jahren mit Ausgaben belastet, die in keinem Zusammenhang mit dem Betrieb dieser Anlage standen.

Nachdem die Marktgemeinde keine Eigenmittel aufbringen konnte, verschaffte sie sich durch diese unzulässige Vorgehensweise Geldmittel für den Grund- und Gebäudeankauf. Die Darlehensrückzahlungen wurden in den vergangenen Jahren durch die Einnahmen beim Betrieb der Abwasserbeseitigung mitfinanziert.

Die gesamte für den Ankauf aufgenommene Darlehenshöhe ist noch im Finanzjahr 2008 buchhalterisch richtig darzustellen und der Schuldendienst ist künftig dem Buchhaltungsabschnitt "Feuerwehrwesen" anzulasten.

Die Laufzeit (bis zum Jahr 2029) dieses Darlehens kann aufgrund der bereits für außerordentliche Vorhaben eingeplanten Anteilsbeträge aus dem ordentlichen Haushalt beibehalten werden.

Derartige unzulässige sowie kostenverschiebende Maßnahmen haben künftig zu unterbleiben.

Errichtung Feuerwehrzeughaus

Das Kostendämpfungsverfahren für die Errichtung des Feuerwehrzeughauses ist abgeschlossen und der Kostenrahmen wurde von der Aufsichtsbehörde mit insgesamt € 1.285.000 (inkl. Einrichtung) anerkannt.

Als erste Etappe ist die Adaptierung der Halle samt Zubau geplant und in der zweiten Etappe soll der Einbau der Mannschafts- und Sanitärräume erfolgen. Eine Zustimmung zum Baubeginn ist noch nicht vorhanden. Die Marktgemeinde rechnet mit dem Baubeginn im Jahr 2009, wobei dieses Vorhaben über die gemeindeeigene Kommanditgesellschaft abgewickelt werden soll.

Die seitens der Marktgemeinde vorgenommene überwiegende Finanzierung des Grund- und Gebäudeankaufes mittels Fremdkapital kann als unwirtschaftlich beurteilt werden. Einerseits konnte nur geringes Eigenkapital für den Ankauf aufgebracht werden und andererseits soll nunmehr über die weitere Finanzierung von rd. € 1,3 Mio. entschieden werden.

Hinsichtlich der Finanzierung stellen wir ausdrücklich fest, dass die Marktgemeinde in den kommenden Jahren keinen finanziellen Spielraum für die Erbringung von Eigenmitteln mehr haben wird. Mit den für andere Projekte eingegangenen Verpflichtungen wurde das finanzielle Leistungsvermögen der Marktgemeinde bereits deutlich überschritten.

Aus diesem Grund kann auch eine Finanzierung mittels Fremdkapital (d.h. durch zusätzliche Darlehensaufnahmen) keinesfalls vertreten werden. Aus unserer Sicht sollte mit der Realisierung dieses Vorhabens erst dann begonnen werden, wenn sich die bestehenden Verpflichtungen als Gesellschafterin der Kommanditgesellschaft reduziert haben.

Straßenbau und –erhaltungsmaßnahmen

Im Prüfungszeitraum wurden im außerordentlichen Haushalt Straßenbau und –erhaltungsmaßnahmen mit Ausgaben von insgesamt rd. € 50.000 getätigt. Die Priorität lag in diesen Jahren auf die Ausfinanzierung von bereits begonnen Vorhaben. Der Großteil der Straßensanierungsmaßnahmen wurde im ordentlichen Haushalt abgewickelt (jährliches

Investitionsvolumen von durchschnittlich € 160.000). Abzüglich der vorhandenen Einnahmen (Anliegerbeiträge, Landeszuschüsse) mussten jährlich rd. € 80.000 durch ordentliche Anteilsbeträge abgedeckt werden.

Zukunftsperspektive

Ausfinanzierung von bereits baulich bzw. käuflich abgeschlossenen Projekten

Als Gesellschafterin hat die Marktgemeinde im Zeitraum 2008 bis 2012 an die Kommanditgesellschaft zur Ausfinanzierung (inklusive laufender Darlehensrückzahlungen) der Biomasseanlage und des Kommunikationszentrums jährlich durchschnittlich ca. € 253.000 zu leisten.

Zur Ausfinanzierung von im Jahr 2008 angekauften Fahrzeugen (Kommunalfahrzeug samt Zusatzgeräte und Löschfahrzeug FF Lassersdorf) sind in den Finanzierungsplänen weitere ordentliche Anteilsbeträge von insgesamt € 123.000, die die Marktgemeinde im Zeitraum 2008 bis 2010 (jährlich durchschnittlich ca. € 41.000) aufzubringen hat, vorgesehen.

In den vergangenen zwei Jahren konnten - im Vergleich zu den in Zukunft zu erbringenden Eigenmitteln (2008 bis 2010 jährlich durchschnittlich € 294.000) - lediglich ordentliche Anteilsbeträge zur Finanzierung von Vorhaben von durchschnittlich jährlich rd. € 34.000 bereitgestellt werden. Ein Großteil der in den vergangenen Jahren für außerordentliche Gemeindeprojekte herangezogenen Mittel stammte unzulässigerweise aus den vereinbarten Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen.

Mit den von der Marktgemeinde eingegangenen Finanzierungsverpflichtungen wurde der finanzielle Spielraum, insbesondere als Gesellschafterin der „Verein zur Förderung der Infrastruktur der Marktgemeinde Gramastetten & Co KG“, bei weitem überschritten.

Durch die eingegangenen Verbindlichkeiten wird sich der Haushaltsausgleich in den kommenden Jahren schwierig gestalten bzw. nicht erreichbar sein. Einen wesentlichen Teil dazu hat die Tatsache beigetragen, dass die Marktgemeinde aufgrund fehlender Eigenmittel in den vergangenen Jahren vermehrt auf Fremdfinanzierungen zurückgegriffen hat.

Damit die Marktgemeinde ihre prekäre Finanzlage (auch im Zusammenhang mit ihren Verpflichtungen als Gesellschafterin der Kommanditgesellschaft) wieder in den Griff bekommt, ist die Ausfinanzierung der bestehenden Vorhaben vehement voranzutreiben. Wir empfehlen der Marktgemeinde sich umgehend um eine neue und für das Budget tragbare Finanzierung des Kommunikationszentrums zu bemühen.

Die von der Gemeinde in vergangenen Jahren vorgenommene unzulässige Finanzierung von Vorhaben mittels Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen ist jedenfalls einzustellen.

Im Hinblick auf das Kostenvolumen der in den vergangenen Jahren im ordentlichen Haushalt abgewickelten Straßenbauten sind diese künftig im außerordentlichen Haushalt darzustellen. Dadurch kommt es zu einer Entlastungen der ordentlichen Gemeindegebarung von jährlich rd. € 80.000.

Zur Abdeckung der sodann im außerordentlichen Haushalt fehlenden Deckungsmittel hat sich die Marktgemeinde um entsprechende außerordentliche Einnahmen zu bemühen. Zudem ist in den kommenden Jahren darauf zu achten, dass lediglich unbedingt notwendige sowie unaufschiebbare Maßnahmen im Straßenbaubereich vorgenommen werden.

Erlöse aus Vermögensveräußerungen (Grundverkauf – Gewerbepark rd. € 82.000 bzw. eventuell der Verkauf des „Pargfriederhauses“ rd. € 100.000) sind anstelle fehlender Eigenmittel bzw. für vorzeitige Darlehensrückzahlungen heranzuziehen.

Um der Marktgemeinde eine Verstärkung der bereits bestehenden finanziellen Schwierigkeiten zu ersparen, ist einerseits von der Gemeinde in Bezug auf ihre Planungen und andererseits von der Aufsichtsbehörde im Hinblick auf die Erstellung der Finanzierungspläne, darauf Bedacht zu nehmen, dass die Marktgemeinde in den kommenden Jahren keinen finanziellen Spielraum für die Erbringung von zusätzlichen Eigenmitteln mehr haben wird. Eine Erhöhung der Belastungen aus Fremdfinanzierungen kann aufgrund der bereits bestehenden Verpflichtungen nicht mehr vertreten werden, zumal jetzt schon ersichtlich ist, dass sich der Haushaltsausgleich in den Folgejahren schwierig gestalten bzw. nicht mehr möglich sein wird.

Die Marktgemeinde ist gefordert, jegliche Ausgabeneinsparungen im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt wahrzunehmen. Durch entsprechende Sparmaßnahmen im ordentlichen Haushalt können u. a. Beiträge an die Kommanditgesellschaft erhöht werden. Die nicht gedeckten Ausgaben für kulturelle Zwecke, wofür in den vergangenen drei Jahren Budgetmittel in der Höhe von insgesamt rd. € 100.000 gebunden waren, sind kritisch zu hinterfragen. In diesem Bereich sind Einsparungen vorzunehmen.

Weiters sind alle im Einflussbereich der Marktgemeinde liegenden Einnahmequellen auszuschöpfen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die im Prüfungsbericht aufgezeigten Maßnahmen bzw. Möglichkeiten.

Schlussbemerkung

Aufgrund der sich nunmehr abzeichnenden kritischen Finanzlage der Marktgemeinde sind künftig neue Belastungen zu vermeiden. Auch bei kommenden kommunalpolitischen Entscheidungen sind die Finanzierbarkeit insbesondere aber die Folgekosten besonders zu beachten. Soweit es im Einflussbereich der Marktgemeinde gelegen ist, darf der ordentliche Haushalt aufgrund der gegebenen Finanzsituation nicht noch zusätzlich belastet werden. Generell sind mögliche Einsparungspotentiale auszunützen und alle vorhandenen Einnahmequellen auszuschöpfen.

Die Gemeindeverwaltung wird von den Bediensteten mit sehr viel persönlichem Engagement und Verantwortungsbewusstsein wahrgenommen. Der Gemeindeverwaltung kann insgesamt ein sehr guter Standard bescheinigt werden.

Die zur Prüfung benötigten Unterlagen wurden umgehend vorgelegt und erforderliche Auskünfte gerne gegeben. Für die konstruktive Zusammenarbeit während der Prüfung danken wir den Bediensteten der Gemeindeverwaltung.

Im Rahmen der Schlussbesprechung am 22. Jänner 2008, an der seitens Marktgemeinde Gramastetten Herr Bürgermeister Mag. Fazeni, Herr Amtsleiter Haslmayr sowie Frau Altmüller, seitens der Direktion Inneres und Kommunales Frau Mag. Haas und Herr Pramberger und seitens der Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung Frau Käferböck teilnahmen, wurde bezüglich der Prüfungsfeststellungen weitestgehende Übereinstimmung erzielt.

Linz, am 30. Jänner 2009

Elfriede Käferböck

Peter Pramberger